

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Roman.

Der „Morgenblatt“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morgenblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 27. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 100 100

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark, laufendes Wort festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenzeile des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben abhien für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gerechnet durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach 100 100, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Vertrauensvotum für Herriot.

Nedebuell Poincaré — Herriot im Senat.

Paris, 26. August. (WZ.) Der Senat hat die Vertrauensabstimmung mit 204 gegen 40 Stimmen angenommen.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat am Dienstag vormittag die Debatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz begonnen. Die Vormittagsstunde war zum größten Teil ausgefüllt mit der Interpellationsbegründung des der demokratischen Linken angehörigen Senators Lemery, der sich rückhaltlos zu den von der französischen Delegation erzielten Ergebnissen bekannte und die daran von der Reaktion geübte Kritik mit schlagenden Argumenten widerlegte. Insbesondere Poincaré bekam einige harte Wahrheiten zu hören. Lemery erklärte, daß die von Frankreich gemachten Zugeständnisse die unerbittliche Folge der durch das Ministerium Poincaré erfolgten vorbehaltlosen Annahme des Dawes-Plans gewesen sei; die finanzielle Wirkung, die aus der Durchführung des Dawes-Plans zu erwarten sei, lasse die Einnahmen, die Frankreich aus dem Ruhrgebiet erzielt habe, weit hinter sich. Wenn die Frage der interalliierten Schulden heute noch immer nicht geklärt sei, so treffe die Schuld nicht Herriot, sondern Poincaré, der das Honorar-Van-Angebot zurückgewiesen und durch seine Politik der isolierten Alliierten eine für Frankreich günstige Lösung dieses lebenswichtigen Problems aus dem Spiel gefeiert habe. — Zwei weitere Interpellationen oppositioneller Senatoren, deren Kritik des Londoner Abkommens sich in ausgefahrenen Gleisen bewegte, beendeten die Vormittagsstunde.

Die Nachmittagsstunde brachte die seit langem angekündigte Rede Poincarés.

Er versicherte einleitend, daß er sich der größten Objektivität befleißigen werde und auch er nichts feindlicher wünsche als die Wiederherstellung des Friedens. Es frage sich nur, wie dieser am sichersten gewährleistet werden könne. Er gab zu, daß er selbst den Dawes-Plan in seiner Gesamtheit angenommen habe und betonte, daß er nicht die Absicht habe, Kritik zu üben an dem, was geschehen sei, sondern nur zu untersuchen, ob man es in London nicht hätte besser machen können. Poincaré wandte sich zunächst gegen die Behauptung, daß die auswärtige Politik Frankreichs seit seinem Rücktritt eine „magische Veränderung“ erfahren habe. Sehr eingehend besprach sich Poincaré dann mit der von unserem Genossen Léon Blum in der Kammer an seiner (Poincarés) Politik geübten Kritik; als er dabei von Blum als dem „wortführenden Minister des Kabinetts Herriot“ sprach, erfolgte ein

scharfer Zusammenstoß mit Herriot.

der sich diese Bezeichnung auf das entschiedenste verbat. Poincaré erging sich sodann wieder in einem endlosen historischen Rückblick über die Ruhrbesetzung und ihre Vorgeschichte. Das finanzielle Ergebnis während der ersten vier Monate des Jahres 1924 beliefert er auf 597 Millionen Franken, 542 Millionen Sachleistungen und 99 Millionen aus den Ueberflüssen der Eisenbahnregie, zusammen 1,3 Milliarden Franken, von denen nach Abzug der Befehlungskosten ein Ueberfluß von 1268 Millionen verbleibe (!) Zu einem weiteren Zusammenstoß mit Herriot kam es, als Poincaré diesem zum Vorwurf machte, daß er sich gegen die Beschränkung der Rechte der Reparationskommission nicht entschieden genug zur Wehr gesetzt habe. Herriot erwidert darauf in sehr scharfer Zuspitzung, daß er die dahingehenden Forderungen der Alliierten allerdings hätte ablehnen können, genau so gut, wie er in jedem anderen Moment, wenn er es gewollt hätte, die Londoner Konferenz zum Scheitern bringen können. Poincaré läßt sodann heftige Kritik an der Einführung des Schiedsrichterlichen Verfahrens, das in Wirklichkeit den Verzicht auf die Feststellung jeder Verletzung bedeutet. Er könne in den Londoner Verhandlungen keineswegs den Fortschritt sehen, den Herriot darin erblicke, und das Mindeste sei, daß das Parlament seine Zu-

stimmung verleihe, bis die deutschen Obligationen auf dem Weltmarkt untergebracht seien. Auch in diesem Punkt habe Frankreich seine Trümpe aus der Hand gegeben, ohne das Geringste dafür eingetauscht zu haben. Bedinglich auf dem Gebiete der Sachlieferungen habe die französische Delegation wesentliche Verbesserungen erzielt. Dagegen stelle die Deutschland zugedachte Möglichkeit eines Einspruchs gegen Beschlüsse des Transferkomitees ein weiteres bedenkliches Zugeständnis dar. Herriot wies diesen Vorwurf eingehend zurück mit dem Argument, daß die Anrufung eines Schiedsgerichts auf ganz bestimmte Ausnahmefälle beschränkt sei. Darüber kam es zu einem längeren Disput zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten und seinem Nachfolger.

Nach einer einstündigen Unterbrechung der Sitzung kam Poincaré auf die vorzeitige Räumung des Ruhrgebietes zu sprechen. Er erklärte, daß Herriot das von der französischen Regierung gegebene Wort völlig erfüllt haben würde, wenn er die Räumung des Ruhrgebietes von der Unterbringung der deutschen Obligationen abhängig gemacht hätte. Die Aufrechterhaltung einer wenn auch räumlich verringerten Besetzung wäre eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, denn wenn es nicht gelänge, die Obligationen zu mobilisieren, so stürze der ganze Dawes-Plan in sich zusammen und Frankreich würde in diesem Fall gezwungen sein, zu der Politik der Pfänder zurückzukehren. Wenn dieser Fall eintrete, so würde Frankreich künftig keine Soldaten mehr im Ruhrgebiet haben, und wenn Deutschland sich einem neuen Einmarsch widersetze, so würde die Folge neues Blutvergießen sein, das man hätte vermeiden können.

Es läßt folgende Tagesordnung Henry de Jouvenel und Genossen ein: Der Senat billigt die Erklärung der Regierung, schenkt ihr das Vertrauen, daß sie die vollkommene Durchführung des Sachverständigenprogramms beschleunigt, ein interalliiertes Ueberflinkommen über die Schulden erreicht und in der Rüstungskontrolle Deutschlands, entsprechend den Grundgesetzen des Schiedsgerichts und in einer wirksameren Tätigkeit des Völkerbundes die Mittel finden wird, die Sicherheit der Grenzen und den Frieden der Völker zu sichern und geht zur Tagesordnung über.

Poincaré sagte weiter, es sei überhaupt bedauerlich, daß das Thema der Ruhräumung in London zur Sprache gekommen sei. Herriot erwidert, daß er selbst nicht die Absicht gehabt habe, dies Thema zu erörtern, daß er aber durch den Brief Ramsay MacDonalds dazu gezwungen worden sei.

Die Rede Herriots.

die überaus lang angelegt ist, beginnt mit einer Auseinandersetzung der Rechte der Reparationskommission. Herriot führt aus, warum er in der Ruhrfrage Konzessionen machen müsse. Eine einzelne Aktion Frankreichs in dieser Beziehung könne nur in einem aktiven Vorgehen bestehen, und eine derartige Methode würde große Gefahren für Frankreich selbst zur Folge haben.

Die weiteren Ausführungen Herriots waren bei Redaktionsschluß noch nicht eingetroffen.

Die Amnestie auch für Caillaux.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die zuständige Kommission des Senats, die in der vergangenen Woche die Beratung des Amnestiegesetzes begann, hat am Dienstag mit einer Stimme Mehrheit den scharf umstrittenen Artikel angenommen, der die Amnestie auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux ausdehnt. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß das Amnestiegesetz doch noch vor Schluß der Session im Senat zur Verabschiedung gelangt.

Die ungarische Opposition gegen Gömbös.

Budapest, 26. August. (ZU.) Es ist zweifellos, daß einer von den des Wortes an Erzberger verdächtigen Deutschen geflüchtet ist. Es scheint sicher, daß der Geflüchtete mit dem zweiten Erzberger-Mörder Tilleßen identisch ist. In politischen Kreisen beschäftigt man sich bereits sehr eingehend mit der Angelegenheit und die oppositionellen Abgeordneten beabsichtigen, in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung, welche auf Betreiben der Sozialdemokraten sehr bald zusammenzutreten dürfte, eine Interpellation an den Minister für Inneres zu richten, um ihn zur Verantwortung zu ziehen, weil er in der Aufklärung dieser Angelegenheit nicht die notwendige Energie einsetze. Die oppositionellen Abgeordneten wollen bei dieser Gelegenheit auch die fragwürdige Rolle des Abgeordneten Gömbös enthüllen und alle geheimen Verbindungen der ungarischen Rechtsradikalen scharflos vor dem Parlament aufdecken. Man darf sich daher auf eine überaus stürmische Debatte in der ungarischen Nationalversammlung gefaßt machen.

Botschaftsbepfehlung in Moskau?

Warschau, 26. August. (ZU.) Nach einer Meldung der polnischen Telegraph-Agentur hat England mit Repressalien für die Bepfehlung des englischen Botschaftsrates in Moskau gedroht. Falls Sowjetrußland nicht entsprechendes Gehörigung erteilen sollte, wird die englische Regierung die Ratowki-Bewilligung diplomatischen Privilegien zurückziehen und einen Polizeibeamten für Moskau ernennen, der die Identität sämtlicher in die Botschaft eintretenden Personen feststellen würde.

Schacher und Erpressung.

Um die Zweidrittelmehrheit zum Eisenbahngesetz.

Dieser Reichstag hat sich in den wenigen Monaten seines Bestehens selbst unmöglich gemacht. Er muß so bald wie möglich verschwinden. Denn seine Zusammenkunft widerspricht nicht nur den Interessen des Volkes, sondern auch dem Willen der Wähler, die ihn unter ganz anderen Voraussetzungen im Mai bestellt haben.

Es stehen Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung auf dem Spiel. Die Abgeordneten müssen sich entschließen, Ja oder Nein zu sagen, denn die Notwendigkeit, endlich zu einem erträglichen Verhältnis zu den früheren Kriegsgegnern zu kommen, duldet keinen Aufschub.

Was geschieht aber in diesem Reichstag? Während die Parteiführer zu den einzelnen Gesetzen sprechen, geht hinter den Kulissen das große Rätselfest weiter: Werden die Deutschnationalen wirklich Nein sagen? Werden sie umfallen? Wird der Reichstag aufgelöst und das Volk zu neuer Wahl berufen werden?

Daneben sind die Geschäftshaber am Werk, um die klare Linie umzubiegen. Sie fürchten sich vor Neuwahlen ebenso sehr, wie die Hergt-Leute. Deshalb fallen sie von einer „Kombination“ in die andere. Deshalb verhandeln sie mit einem Fraktionszimmer zum anderen. Sie suchen einen Ausweg aus dem Dilemma, indem sie der Fraktion Hergt bald mit Bitten und bald mit Drohungen kommen. Jetzt heißt es, der Reichstag werde aufgelöst, wenn die Deutschnationalen bei ihrem Nein bleiben. Schön! Aber im nächsten Augenblick ist wieder ein Gerücht da: Volksparteier verhandeln mit Deutschnationalen; man will ihnen Ministerposten anbieten, damit sie gefügig werden. Und man weiß ja, wie hungrig die monarchischen Erzellenzen danach sind, auch in der Republik wieder den verstaubten Ministerstuhl anziehen zu dürfen. Also werden sie schon auf den Köder kriechen. Freilich sträuben sie sich noch ein bißchen. Man muß das Zuckerbrot vermehren, um den Appetit zu stillen. Und so laufen denn die Curtius und verwandte Größen geschäftig hin und her, um den Ausweg zu suchen. Nur nicht in die Wahlen! Nur nicht in die Wahlen!

Inzwischen hat Curtius Konkurrenz gefunden. Graf Lerchenfeld, der verstoßene bayerische Ministerpräsident und jetzige Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, bemüht sich ernsthaft darum, die Regierung Marx-Jarres-Stresemann durch eine andere zu ersetzen, an deren Spitze etwa der in solchen Vagen unermüdete Adam Stegerwald treten könnte. Stresemann und Jarres sollten ausgeschifft werden, an ihre Stelle sollten Vertrauensmänner des Landbundes und des Schlangens aus Schöningen treten. Diese Pläne waren am Dienstagnachmittag ganz ernsthaft erörtert und schloßen zeitweilig ihrem Abschluß nahe. Preis des schmählichen Handels: Deutschnationale Stimmabgabe für die Dawes-Gesetze oder doch ein solches Verhalten, daß die Annahme der Gesetze auf jeden Fall gesichert werde. Also: offener Stimmentauf mittels Ministerposten! Das ist die Praxis gewisser Kreise dieses Reichstags. Es könnte einem übel werden, wenn man sich solches Treiben aus der Nähe besieht!

Um den deutschnationalen Umfall zu erleichtern, hat die Volkspartei einen Antrag eingebracht, der, wenn seine Annahme gesichert wäre, die etwaigen Bedenken der Hergt und Genossen aus dem Wege räumen soll. Er enthält Wünsche und Weisungen an die Regierung — an welche, wird nicht gesagt —, wie sie sich nach Annahme der Gesetze verhalten solle, um weitere Erleichterungen für die besetzten Gebiete zu erlangen. Ein Antrag, der Selbstverständliches pomphaft in die Form einer parlamentarischen Entschliebung gießt und deshalb auch von den Deutschnationalen geschluckt werden kann. Aber nach solchen Wünschen und Weisungen an eine solche zukünftige Regierung, deren Zusammensetzung man absolut nicht kennt, sollen die Deutschnationalen aus der „geschlossenen Front der Opposition“ umschwanken ins Lager der bisherigen Regierungsparteien?

Daß man an eine solche Möglichkeit glaubt und glaubt, sollte für eine große Partei einfach eine kränkende Zumutung sein, die sie mit Entrüstung zurückweisen müßte. Von solcher Entrüstung ist allerdings nirgends etwas bekannt geworden. Vielmehr lassen die Hergt und Bestarp alle Türen offen. Sie erwarten wahrscheinlich, daß der Preis für ihre Zustimmung doch noch gesteigert werde, daß schließlich an Stelle des halben deutschnationalen Stegerwald ihnen doch noch ein wackelhafter Tirpitz entgegengebracht werde. Und wenn auch am Dienstagabend erklärt wurde, die Deutschnationalen hätten „definitiv“ abgelehnt und sie würden auch am Donnerstag die Gesetze „definitiv“ ablehnen, so heißt das nicht, daß am Mittwoch nicht ein neuer Rußhandel eingeleitet und zu anderem Ergebnis führen würde.

Dieser ganze Schacher mit Ministerposten und Versprechungen offer Art, dieser Handel um die Stimmen von Abgeordneten ist so unwürdig, daß ihm mit einem Donnerwetter ein Ende gemacht werden müßte. In der schicksalsschwersten Stunde, die dem Deutschen Reichstag beschert ist, wird gefeilscht und geschachert, als wenn es sich um die gleichgültigsten Dinge der Welt handelte und als ob wir

Ein ungarischer Skandal.

Heinrich Schneider-Tilleßen nicht auffindbar.

Budapest, 26. August. (ZU.) In der Note des deutschen Gesandten wird auch die Verhaftung des angeblichen Heinrich Schneider, der nach Ansicht der deutschen Behörden der zweite Mörder Erzbergers, Heinrich Tilleßen, ist, verlangt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gegen den Abg. Gömbös wegen Verletzung der Anmeldepflicht das polizeiliche Verfahren eingeleitet wird.

Budapest, 26. August. (WZ.) Minister des Innern Ratowski erklärte Zeitungsbekanntmachern, daß die Polizei den angeblichen Heinrich Schneider, in welchem die deutschen Behörden Tilleßen, einen der Mörder Erzbergers vermuten, mit aller Energie suche (!). Bisher sei es noch nicht gelungen, ihn ausfindig zu machen.

Budapest, 26. August. (ZU.) Der deutsche Gesandte Welzler wurde von der ungarischen Regierung als Berichterstatter über die Affäre der Erzberger-Mörder und zur Beratung über die weitere zu unternehmenden Schritte nach Berlin gerufen. Er ist heute morgen abgereist. Die deutschen Kriminalbeamten wurden heute vormittag vor dem Untersuchungsrichter abermals Schutz gegenübergestellt. Den Beamten wurde nicht gestattet, Schutz zu verweigern. Gestern bat die ungarischen Beamten, ihnen ein Verhör des Schutz zu gestatten, da sie solche Beweise vorlegen würden, daß Schutz gezwungen wäre, sein Zeugnis aufzugeben. Bekanntes ist noch nicht bekannt.

Zeit hätten, die Köpfe um Nichtigkeiten zu zerbrechen! Zwar wissen wir, daß die Volkspartei, ihrer eigenen Schwäche bewußt, seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Deutschnationalen zu spalten. Aber dieses partei-egoistische Treiben verwischt die klaren Linien, über die das Volk zu entscheiden hat. Es ist Kulissenchaus, der im Reichstag fabriziert wird, nicht aber grundsätzliche Entscheidung über die zukünftige deutsche Politik!

Der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ist trotz seiner Jugend überaltert. Er ist gewählt unter den Nachwirkungen der Inflationszeit, die Tausende von Wählern verbittert in die Arme der Radikalen von rechts und links getrieben hat. Ihm sind heute Aufgaben gestellt, die von den Wählern nicht vorausgesehen oder nur vorausgehört wurden. Er soll einen Pakt mit den bisherigen Kriegsgegnern schließen, der Aussicht auf eine endgültige Verständigung bietet. Als die Wähler am 4. Mai ihre Stimme abgaben, herrschte noch im französischen Parlament der Poincarismus in Reinkultur. Was unter dem Regime des Nationalen Blocks geschaffen, lebte in den deutschen Reichstagswahlen auf. Heute ist jenseits der Grenzen ein anderes Regiment am Ruder, mit dem schon der Anfang einer Annäherung erzielt wurde. Die deutschen Wähler hätten heute eine ganz andere Entscheidung zu treffen unter günstigeren Aussichten auf Erfolg. Sie würden heute nicht mehr die Kriegsgegner um Hergt und Ludendorff, auch nicht mehr die Apostel des Bürgerkriegs um Frau Golke und Scholem in solcher Zahl ins Reichsparlament senden. Darum muß dieser Reichstag verschwinden! Die Wähler müssen einen neuen an seine Stelle setzen, der die Gewähr bietet, daß der Anfang eines Vertrauensverhältnisses sich zu einer dauernden Verständigung auswasche.

Diesem Reichstag ist auch die Schutzollvorlage unterbreitet worden, an die am 4. Mai noch niemand gedacht hatte. Es war bisher noch immer in Deutschland so, daß ein reaktionärer Reichstag mißbraucht wurde zu reaktionärer Gesetzgebung, die auf seinem Wahlprogramm stand. Das darf sich nicht wiederholen! Die Zollvorlage soll den Wählern zur Entscheidung unterbreitet werden. Sie sollen selbst sagen, ob sie Brotwucherer in den Reichstag schicken wollen oder nicht. Sie müssen die endgültige Bestimmung fällen, ob die durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung zermürbten Volksmassen auch noch durch Brotwucherer belastet und durch eine Bürgerblockregierung mit allen Lasten der Reparationsschuld bedrückt werden sollen.

Die Frage ist klar gestellt und muß klar beantwortet werden: Ist dieser Reichstag berufen, die schwere Verantwortung, die er vor der Geschichte trägt, zu verschleiern durch Schacher-geschäfte um Ministerposten? Genießt er noch das Vertrauen der Wähler, die ihn am 4. Mai berufen haben?

Mit uns sind Millionen von Wählern der Meinung, daß er schleunigst verschwinden muß; daß alsbald das Volk in seiner Gesamtheit antreten muß, um dem Parlament des Ruhhandels ein arbeitsfähiges und seiner Verantwortung bewußtes als Nachfolger zu geben.

Darum fort mit diesem Reichstag der Phrase, des Rabaus und des parteipolitischen Schachers! Auflösung! heißt das Gebot der Stunde. Fort mit dem Ruhhandel um einige Stimmen! Auf zur Neuwahl eines Reichstags, der die Zeichen der Zeit zu würdigen weiß!

Wie aus deutschnationalen Kreisen offiziös berichtet wird, hält man dort die Anträge der Deutschen Volkspartei über frühere Räumung und eine sachgemäße Handhabung und Auslegung des Rheinlandabkommens nicht für vollständig genügend, weil sie in das Gesetz nur eine Aufforderung an der Regierung aufnehmen, auf dieses Ziel hinzuwirken. Vom deutschnationalen Standpunkt aus sei zu fordern, daß die Erreichung dieses Zieles eine Bedingung für das Inkrafttreten des Gesetzes wird.

Auch die Resolution der Deutschen Volkspartei über die Kriegsschuldfrage erscheine nicht ausreichend. Die Regierung

werde darin aufgefordert, „jede Gelegenheit zu benutzen, eine Rechtsvermutung über die Schuldfrage zum Ausdruck zu bringen“. Es müsse aber gefordert werden, daß bei der jetzigen Gelegenheit, bei oder vor Unterzeichnung des Abkommens in London das deutsche Schuldbekenntnis widerrufen werde.

Die Gerüchte von einer Uneinigkeit in der deutschnationalen Reichstagsfraktion mühten nach wie vor mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Von einer Uneinigkeit, die das widersprechende Drittel in Frage stellen könnte, könne absolut nicht die Rede sein.

So der offiziöse Bericht. Er besagt, daß der deutschnationale Revolver geladen ist. Man könnte ihn dem Erpresser durch die Auflösung des Reichstags aus der Hand schlagen, man zieht es aber noch immer vor, zu verhandeln. Diese Verhandlungen zwischen Erpressern und Erpreßten sind für beide Teile gleich ehrenvoll.

### Was kosten deutschnationale Ehrenpunkte? Jeder Punkt eine Mark Zoll.

Der widerliche Eieranz, den die Deutschnationalen um das Londoner Schlussprotokoll aufzuführen, löst nun endlich in den Kreisen der bürgerlichen Parteien auf scharf abweisende Kritik. Vom ersten Tage an stand es ja fest, daß die Deutschnationalen innerlich bereit sind, sich ihre Zustimmung zu einem „zweiten Versailles“ abtaufen zu lassen, und es war die Regierung Marx, die dafür eine runde Tasse als Kaufpreis angeboten hat, indem sie die Zollvorlage einbrachte. Im „Berliner Tageblatt“ wendet sich nun die demokratische Abg. Dr. Lüders mit aller Schärfe gegen diejenigen, die bereit sind, ihre Ablehnung des Londoner Vertrages für Zollzugeständnisse preiszugeben. Denjenigen, die aus innerer Ueberzeugung das Dawes-Gutachten ablehnen, gesteht sie ihr moralisches Recht darauf zu.

„Wenn man aber — so fährt sie fort — in der Zwischenzeit politisch und wirtschaftlich zu einer besseren Einsicht gekommen sein sollte, dann sage man es ebenso offen; aber man verschächere diese Einsicht nicht. Sieben Ehrenpunkte gegen 7 Mark Zoll! Jeder anständige Politiker wird auf die neue Einsicht den Goethe'schen Vers von den „Narren“ und den „Weisen“ gelten lassen. Aber der Großkanich scheint seine früheren Freunde „geschäftspolitisch“ anders einzuschätzen und es für notwendig zu halten, sogar mit seinem Parteiführer die Verwandlung in „Welse“ zu befördern. Wenn er sich nun irrt? Wenn von den 46 Stimmen, die man mit dem Zoll glaubt einhandeln zu können, sich nur 44 bereithalten? Dann hat man allein durch die Unterstützung des Versuchs, die Ehre gegen Zoll zu verhandeln, einen neuen tiefen Riß in der Bevölkerung herausgeschworen und hat den sogenannten „waterlandlosen Gefellen“, von denen uns, wie von allen anderen Parteien — außer den Kommunisten —, nicht bekannt ist, daß sie auch nur den leinsten Versuch gemacht hätten, diese für das Vaterland so schweren Stunden zu parteipolitischen Schacher zu benutzen — eine prächtige Wahlparole gegeben. Diese Wahlparole wird übrigens bis weit in die Kreise des Bürgertums, in dem ganzen erstarrten Mittelstand, ihr Echo finden. Sie wird die Beamten aufhorchen lassen, die entsetzten Rentner, die Hypothekens- und Sparfessengläubiger, denen man goldene Aufwertungsberge verspricht, die Kopfarbeiter, die schon jetzt am Hungernde nagen, die akademische Jugend, deren Studien- und Brottrost schon heute hoch unter der Decke hängt, die Hausfrauen — besonders die kinderreichen —, die der Hoffnung leben, ihre Kinder endlich einmal wieder satt machen und die entsetzten gesundheitslichen Schäden aus den letzten zehn Jahren an ihnen wieder gutmachen zu können. Im Wahlkampf werden die Freunde jenes „Ehrenhandels“ die Stimmen all dieser nur zu deutlich vernehmen. Entrüstet rufe ich es — mit Recht — auch in dem nationalen Blätterwald, als von französischer Seite in London der erpresserische Versuch gemacht wurde, die militärische Räumung der Ruhr gegen zollpolitische Konzessionen unserer Regierung zu verkaufen. Wir können nicht glauben, daß sich diesseits unserer Grenzen so schnell gelehrige Schüler der Herren Clemmentel und Loucheur finden können.“

Die nächsten Tage werden ja zeigen, ob der Appell der demokratischen Abgeordneten an dem politischen Ernst und der Deutschnationalen irgendwelchen Erfolg hat. Wir unsererseits zweifeln daran. Im Ernst haben die Deutschnationalen niemals die strikte Ablehnung des Dawes-Planes verfechten können und die äußere Geste, mit der man bisher diese wichtige nationale Frage behandelt hat, die Preisgabe des Ruhrgebiets, die zu fordern man sich nicht scheute, die Beschimpfung aller Andersdenkenden, all diese Argumente beweisen ja bloß, daß die Deutschnationalen in strupelloser Demagogie nicht zu übertreffen sind, und daß ihnen die Ehre anderer Volksgenossen noch billiger ist als ihre eigenen Ehrenpunkte. In wenigen Tagen wird das Volk über die Haltung der Deutschnationalen klar sehen. Schon jetzt ist ja kein Geheimnis, daß einzelne ihrer Führer durchaus gegen die Ablehnung des Londoner Protokolls sind.

### Handlanger des Kapitals!

Schwerindustrielles Lob für die Kommunisten.

Die Kommunisten kämpfen gegen das Sachverständigen-gutachten Hand-in-Hand mit den Deutschnationalen und den Bäckischen. Sie sind die eifrigsten Förderer des der Arbeiterbewegung so ungeheuer gefährlichen Nationalismus. Sie sind aber zugleich die Schrittmacher der kapitalistischen Reaktion und die Förderer des kapitalistischen Profits auf Kosten der Arbeiterklasse. Bei den Beratungen, die gestern im Reichstag über die Belastung der Industrie infolge des Sachverständigen-gutachtens stattfanden, trat das auf das deutlichste zutage. Die Kommunisten kämpfen gegen diese Belastung der Industrie und wurden dafür öffentlich von einem der ausgesprochenen Vertreter der Schwerindustrie, dem volksparteilichen Abg. Dr. Becker-Hessen belobt. Dr. Becker-Hessen erklärte unter anderem:

„Ich habe nicht die Absicht, mich in diesen häuslichen Streit zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten einzumischen. In beiden Gruppen sind so streitbare Kämpfer und Kämpferinnen, daß sie sich jede Unterstützung schon mit Rücksicht darauf verbitten würden, weil es noch außen hin den Eindruck machen würde, als seien sie selbst nicht stark genug, den Kampf auszufechten. Ich unterstütze Frau Sender gar nicht, sondern kämpfe gegen Frau Sender und unterstütze noch einmal, daß Herr Roenen heute wiederholt konstatiert hat — auch Herr Koh hat davon heute gesprochen — jede derartige Belastung müsse die Exportfähigkeit unserer Industrie mindern. Daran ist gar kein Zweifel. Das ist eine rein kapitalistische Auffassung.“

Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten,

das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen. Herr Roenen ist auch mein Kronzeuge für unsere Auffassung, daß Steuern bis zu einem gewissen Grade abgemildert werden. Ich werde, wenn wir demnächst über neue Steuererlasse beraten, hoffentlich Herrn Roenen genau in derselben Weise auf meiner Seite finden, wie es heute der Fall war.

Ich gehe nun nicht einmal so weit wie Herr Roenen. Das würde ja bedeuten, daß man jede hohe Steuer bekämpfen müßte, weil sie die Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, weil sie den Inlandmarkt um so viel weniger aufnahmefähig macht, weil sie die Preise in die Höhe treibt und wie alle die hübschen Ausführungen der Herren Kommunisten lauten.

Dr. Becker hat vollkommen recht: um das Sachverständigen-gutachten zu bekämpfen, unterstützen die Kommunisten die Kapitalisten und untergraben den Kampf der Arbeiterklasse für eine gerechte Verteilung der Lasten. Auch hier also erweisen sie sich als die schlimmsten Feinde der deutschen Arbeiterschaft.

Der indische Freiheitskämpfer Bhatma Ghandi wird auf seiner Reise nach Deutschland in den nächsten Tagen nach Wien kommen.

### Kaiser gefällig?

Der dynastische Hausierer.

Ueber den Wiener Stephansplatz humpelt ein alter Mann. Die Haut eines windstiefen Körpers überläßt er zwei für alle Lebenslagen trainierten Sölden, die recht eilig werden können, wenn ein Wachmann naht, und die ungewein gratiöslich setzen, wenn der „Wasserer“, der auf dem Einpännerstandplatz die verschlossenen Gänge trinkt, ihm ein höhnisch-süßes: „Küh d' Hand, Herr Sekretär!“ zugrünt. Diese von unendlicher Schabgier zerfressene Figur mit der leidvollen Ecce-homo-Gebärde ist Padojaunig, Seiner Majestät des letzten Habsburgerkaisers Kabinettssekretär. Von der Kabinettssekretären Erinnerung lebt er, obwohl sie nicht mehr als — ein Traum ist. Als war er Kabinettssekretär, nur irgendein längst vergessenes Protektorat hat ihn, wohl knapp vor dem Umsturz, in die Geheimnisse Kabinettskanzlei eingeschmuggelt, wo er sich als tausendste Rufflächte; aber was sein Kaiser im Drang der Schweizer Reise sicherlich bloß vergessen hatte, das besorgte er nachträglich selbst und ernannte sich zum Geheimsekretär in partibus.

Seine Beziehungen zum Kaiserhaus hat er nun kommerzialisiert. Er haustert mit Ansichtskarten, die das hübsche Anabild des „Kaisers“ Otto tragen. Viele Republikaner kaufen den kleinen Otto in Tiefdruck, weil sie der herr Geheimsekretär dauert, dessen rüden-märklicher Gang wie ein hilfloses Pösel ist, und vielleicht auch darum, weil sie sich freuen, daß man jetzt mit tausend lumpigen Kronen für eine Ansichtskarte so billig wegkommt, während ordentlich die Dynastie doch meistens mehr gekostet hat. Aber die österreichischen Republikaner sind nicht die Hauptabnehmer des Herrn Sekretärs Padojaunig. Seine besten Kunden sind die vielen Ungarn, die durch Wien ziehen und Eisen schwitzen, weil ihnen jemand ihren papierernen König verkauft. Da aber die Ungarn weniger über den Stephansplatz als in das Café im Hotel Imperial gehen, an das sich die feudalistischen Erinnerungen dalkanischer Hofbesuche knüpfen, so bleibt dem Sekretär Padojaunig nichts übrig, als ob und zu die ungarische Rundschau im Café Imperial aufzusuchen: „König gefällig, die herrschenden? Neueste Aufnahme aus Bequet!“

Er geht nicht gerne ins Imperial, der kaiserliche Kabinettssekretär. Denn einmal haben die Gäste dort gar keinen Respekt vor seinem à la Franz Joseph gebärdeten Doppeladlerbart, und andererseits erinnert er sich, daß ihm die Kellner des Cafés schon vor Jahren, als er dort noch Gast war und noch nicht in Dynastiewärkeln hausterte, den Gebrauch von Seife dringend empfohlen hatten. Sein Großkonzentriert sich vornehmlich auf den Zohlfeldner Georg, dem er einmal den ganz großen Wamsfuch zulegte: „Na, warten Sie, wenn der Kaiser wiederkommt, dann werden Sie aufgehängt!“

Das darf natürlich niemals geschehen, denn Georg muß erhalten bleiben, hat er doch die Lebensaufgabe, Karl Kraus, den Fackel-Kraus, zu belächeln. Doch, o Schreckent Gerode mit Karl Kraus

läßt sich Padojaunig in ein Duell ein. Er spreizt sich vor den Tisch des besten lebenden Zertrümmerers von Wien, bebt auf beiden Stöckchen (den Trägern der habsburgischen Idee) und donnert dem Gewaltigen, der mit seiner Fackel in die Kaiserherrschaften hineinschleht, zu: „Noch ein Wort gegen das Kaiserhaus — und aus ist es mit dieser Kreatur!“ Den Georg hängen lassen — es mag hingehen — aber das selige Ende Karl Krausens provozieren — das ist gefährliche Drohung. Und darum wird der Geheim-Kabinettssekretär Padojaunig, der einen Kaiserbart trägt, der so begibt allüberreichlich rüdenmärke, der (vorsteht sich: selbstgeschriebene) Hand schreiben Seiner Majestät mit sich führt, in die man gegen ein Ergänzungsgehd ehrschriftvollst Einsicht nehmen kann —, wird dieser letzte Paladin eingesperrt und wegen Arrestunfähigkeit dem Inquisitionsspital überstellt.

Jedes Land hat die Monarchisten, die es verdient. Sie haustieren alle mit allem Blunder. Die österreichischen Monarchisten aber tun es immerhin mit dem unferdlichen Rhythmus der Wiener Operette, in der alles „a heh“ wird. Phou.

### Landplagen, die zu Schiff kommen.

Ein besonders gefährlicher Schädling, der Colorado-Käfer, der furchtbare Feind der Kartoffel, macht augenblicklich bei uns viel von sich reden, denn er ist während des Krieges durch amerikanische Truppentransporte nach Südfrankreich eingeschleppt worden, und sein Vordringen auf dem Landwege wird sich nicht so leicht aufhalten lassen, wie es bisher bei seiner Einschleppung durch Schiffe immer möglich war. Der deutsche Pflanzenschutzdienst wird jedenfalls auf der Hut sein müssen, um alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Bei der Einschleppung der Schädlinge ist, wie Ernst Janisch in den „Naturwissenschaften“ hervorhebt, zu unterscheiden, ob es sich um wenige Exemplare oder große Massen handelt und ob der Schädling klimatische und Ernährungsbedingungen vorfindet, die seine Einbürgerung begünstigen. Auch zu Schiff können solche Landplagen eingeschleppt werden, wenn es sich um große Massen handelt, so wurde z. B. der Reiskäfer im Jahre 1921 in ungeheuren Mengen in das Duisburger Hafengebiet eingeschleppt und bedrückte während des heißen Sommers die Hafenanlagen so stark, daß sich in einer an sich unbedeutenden Maisprobe nicht weniger als 101 882 Käfer pro Hektoliter vorfanden. Welch gewaltige Massen von Schädlingen nach Deutschland eingeführt wurden, zeigen die Getreidetransporte von Uebersee. Man hat 167 Arten Insekten und Milben gezählt, die im Getreide leben. Der Zahl nach am höchsten war eine Weizenprobe besaßen, die pro Hektoliter 2 229 275 Reiskäfer enthielt. Da der Reiskäfer nur in höheren Temperaturen, als sie bei uns vorkommen sind, gedeiht, so kann er sich im Winter nicht ausbreiten; aber im Sommer verurteilt er ernste Schäden und ebenso an warm gehaltenen Orten, wie in Dampfmöhlen oder Brauereien. Häufig wird der Kornkäfer mit Getreide zu uns gebracht und verläßt dann in höchst unerwünschter Weise die schon bei uns vorhandene Kornkäferplage. Die Wehmotte, ein bis 1880 bei uns unbekanntes Tier, kam zu uns mit Getreide aus Nordamerika und ist heute in allen Dampfmöhlen so zahlreich, daß diese mindestens

einmal im Jahr stillgelegt werden müssen, um die Gespinne der Tiere zu entfernen. Der durch die Wehmotte verursachte Schaden wurde in einer einzigen großen Dampfmühle auf 16 000 Mark jährlich geschätzt. Auch bei geringen Mengen, die eingeschleppt werden, kann sich ein Schädling zur Landplage auswaschen.

Das Brettspiel des Pythagoras. Der Vorsteher der Zöllner-Anstalten Pastor Jahn, hat in seinem Spielverlag soeben ein Brettspiel herausgebracht, das im Mittelalter bei uns bekannt, dann aber vollständig in Vergessenheit geraten war.

Das Spiel, welches vorläufig noch den Namen des Pythagoras führt, wird in der „Zeitschr. f. Mathem. u. Naturwiss. Unterricht“ jetzt genau beschrieben. Es ist ein Brettspiel für zwei Personen, das auf einem doppelten Schachbrett von zweimal 64 Feldern mit je 24 Steinen gespielt wird. Die 24 Steine sind in drei Gruppen zu je acht Steinen geteilt, derart, daß jeder Gruppe besondere geordnete Züge zukommen. Die einzelnen Steine tragen lauter verschiedene Zahlen, die jedoch nach bestimmten Vorschriften gebildet sind. Ähnlich wie bei dem Damespiel können Steine geschlagen werden, und zwar dann, wenn zwischen den Zahlen des Schlagenden und geschlagenen Steins bestimmte Verhältnisse bestehen. Das Spiel ist somit ein Zwischenstück zwischen Dame und Schach, bietet indessen mehr Abwechslung als Damespiel, vermeidet aber die Schwierigkeiten, die dem Schachspiel anhaften. Ein besonderer Vorzug des Spiels besteht darin, daß die Spielregeln mannigfaltig verändert werden können, so daß man allmählich von leichteren Spielen zu schwierigeren übergehen kann.

Wie in alten Schriften behauptet wird, soll dieses Spiel von Pythagoras, dem größten Geometer des Altertums, selbst stammen. Jedenfalls gibt dieses unterhaltende Spiel der Jugend nicht nur Gelegenheit, sich in den Rechnungsarten der Addition, Subtraktion, Multiplikation und Division zu üben und eine Menge arithmetische Quadeate dem Gedächtnis einzuprägen, sondern man lernt auch arithmetische und geometrische, ja sogar musikalische Verhältnisse dadurch kennen und schnell überblicken. Es dient, mit kurzen Worten, zu vielseitiger Übung im Kopfrechnen. Es wird sich zeigen, ob dieses Spiel (welches auch im Handel erhältlich ist) ähnlich wie vor Jahrhunderten wiederum die allgemeine Beliebtheit zu erlangen imstande ist. E. P.

Philosophie der Wurk. Vor einigen Tagen kam in die Stadtbibliothek zu Dippoldswalde ein junger Mann und verlangte „Hegels Weltkrabbel“. Als man ihm erklärte, daß es in Dippoldswalde keine Weltkrabbel gäbe, bat er um das Buch: „Darum soll jedermann Kleintierzucht treiben?“

Die Wähler, die irgend etwas vom Warumwähl der Lebens erzählen, erfreuen sich in der Tat ganz besonderer Beliebtheit. Kann man nicht für fünfzig Pfennig Reichsbähr pro Woche erfahren, weshalb Gott die Welt erschuf, beschäufte man sich mit der Frage, warum das Halten von Hühnern vorteilhaft ist. Als neulich jemand den Redakteur des „Dippoldswalder Kreisblattes“ fragte, weshalb er immer schreibe, daß die Deutschen das Volk der Dichter und Denker seien, antwortete er demnach mit vollem Recht: „Ru ähm, weil sie dichter denken duhn.“

Augenblicklich scheinen die Warum-Bücher sogar ganz besonders

## Erhöhung der Invalidenrenten.

### Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat dem Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit sofortiger Wirkung die Renten aus der Invalidenversicherung um 100 vom 100 zu erhöhen.

## Arbeitsministerium und Fürsorgepflicht.

### Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Bei den Beratungen im 9. Ausschuss des Reichstages über die Anträge zur Fürsorgepflichtverordnung erklärte der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß das Arbeitsministerium innerhalb 6 Wochen Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung erlassen wolle, in denen die Forderungen des 9. Ausschusses des Reichstages (Reichstagsdrucksache Nr. 348) berücksichtigt werden sollen.

Die sechsmonatige Frist ist verstrichen. Die Ausführungsbestimmungen sind bis jetzt noch nicht erlassen. Im Reichsarbeitsministerium liegt allerdings ein Entwurf der Ausführungsbestimmungen vor. In diesem Entwurf ist aber auf die Beschlüsse des 9. Ausschusses in allen wesentlichen Punkten keine Rücksicht genommen trotz des Versprechens des Arbeitsministers. Nicht eingehalten ist das Versprechen, die Ausführungsbestimmungen auf den § 3 der FV auszudehnen und Bestimmungen über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht zu erlassen. Nicht eingehalten ist das Versprechen, Ausführungsbestimmungen zum § 6 der FV zu erlassen, nach welchen die Länder verpflichtet werden sollen, Mindestsätze für die Unterstützung festzusetzen und die Höhe der Wochenfürsorge nicht geringer zu bemessen als die Höhe der Familienwochenhilfe. Nicht eingehalten ist das Versprechen, in den Ausführungsbestimmungen Vorschriften aufzunehmen, nach denen Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden verpflichtet werden sollen, von den ihnen überwiesenen Anteilen aus Reichseinnahmen mindestens einen vom Reichsarbeitsminister nach bestimmten Grundsätzen festzusetzenden Satz zur Durchführung der Pflichten der sozialen Fürsorge zu verwenden.

In dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen ist aber für die Sozial- und Kleinrentner eine weitere Verschlechterung enthalten. Die Leistungen an sie sind mehr als bisher auf die Almosen für die Armen herabgedrückt.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die entsetzliche Not der Fürsorgebedürftigen zu beseitigen? Ist die Reichsregierung gewillt, die Versprechungen des Reichsarbeitsministers, die er dem 9. Ausschuss des Reichstages gegeben hat, und den einstimmigen Beschluß des 9. Ausschusses in den Ausführungsbestimmungen zur FV zu verwirklichen? Ist die Reichsregierung bereit, die Ausführungsbestimmungen sofort zu erlassen?

## Schwere Strafen für Kommunisten.

### 3 Jahre Gefängnis, 500 M. Geldstrafe für Rundschreiben.

Leipzig, 26. August. (WZ.) Vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der kommunistische Parteisekretär Erich Hausen aus Kottbus wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu verantworten. Der Angeklagte war politischer Leiter des Bezirks Ostpreußen und hatte als solcher eine große Reihe von Rundschreiben, in denen zum Sturz der Regierung aufgefordert und die Bildung proletarischer Hundertschaften empfohlen wird, verbreitet. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Sechs Monate der erlassenen Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

modern zu sein, und von der Kriegsschuld- bis zur Judenfrage ist unseren fraglichen Verantwortlichen keine Frage wurst. Apropos Wurst: neulich entdeckte ich in einem Buchladen sogar eine Broschüre des Titels: „Warum wird die Wurst schief durchgeschnitten?“ Ein Philosoph hatte sie verfaßt.

Ich habe das Heft gekauft, ich habe es gelesen, ich weiß nun alles von der Wurst — bloß nicht, wie ich in ihren Besitz komme. Deshalb hätte ich auch gern noch die Frage beantwortet: „Warum gibt es Leute, die noch so dumme sind, Feuilletons zu schreiben, statt einen wurstenträgerischen Beruf zu ergreifen.“

Die nächste Coerest-Expedition. Ueber die Pläne einer neuen Coerest-Expedition, die endlich den höchsten Gipfel der Erde bezwingen soll, äußerte sich Oberst Norton, der die letzte Expedition geleitet hat, zu einem Berichterstatter der „Times“. Die Vorbereitung für das neue Unternehmen wird, wie bisher, von dem Coerest-Komitee ausgeführt werden. Es wird aber nicht möglich sein, vor 1926 die Reise anzutreten, da die Organisation das ganze nächste Jahr erfordern wird. Man wird gut tun, möglichst viele von denen zu gewinnen, die bereits an den früheren Expeditionen teilgenommen haben, denn die Erfahrungen haben gezeigt, daß diese sich in den höchsten Höhen viel leichter akklimatisieren; außerdem verfügen sie über Sprachkenntnisse, die für die Behandlung der Träger notwendig sind. Günstige Wetterverhältnisse sind das wichtigste, was man zur Erreichung des Zieles braucht. Große Schwierigkeiten machen nur noch die letzten 800 Fuß, und von diesen eigentlich nur die ersten 500 Fuß des Endanstieges, denn die letzten 300 Fuß sind verhältnismäßig leicht.

Eine Kirche aus einem Baum. Im westlichen Amerika sieht man außer anderen ungewöhnlichen Dingen die Big-trees, gewaltige, viele Jahrhunderte alte Bäume, die jetzt alle unter Naturschutz gestellt sind, da sie nicht mehr nachwachsen. Nur wenn ein Baum zur Gefahr für die Umgebung wird, darf er geschlagen werden. Welche gewaltigen Holzmassen ein solcher Baum enthält, zeigt der Straßenbau in Santa Rosa, Kalifornien. Die dortige Baptisten-Gemeinde kaufte einen solchen Big-tree, eine Kottanne, und baute ihr Gotteshaus daraus, und durchaus kein unansehnliches; der Turm ist 100 Fuß hoch, der Predikationsstuhl 400 Personen, dazu ein Sitzungslokal für 100 Personen, ein Geschäftszimmer für den Geistlichen, 14 mal 20 Fuß groß, und ein Vestibül. Die ganze Baufläche beträgt etwa 60 mal 100 Fuß. Nur der Mauerwerk ist aus Ziegeln erbaut, im übrigen nur die nötigen Eisenteile und das Fensterglas aus fremdem Material. Obwohl auch die Kanzel, die Bänke und das ganze Mobiliar aus dem einen Baum gefertigt wurden, blieb doch ein Drittel des Holzvorrates übrig. Die Gesamtkosten des Baues beliefen sich auf etwa 500 Dollar.

Theaterchronik. Das Central-Theater eröffnet seine Spielzeit unter der neuen Direktion Hans Fehr am 1. September mit „Hans Wurst“. — Das Wallner-Theater eröffnet am Dienstag, den 2. Sept., seine Winterpielzeit mit Gustavos „Uriele Kostra“.

Das Festung-Museum eröffnet sein 15. Vortragsjahr am Donnerstag mit der Fier von Goethes 176. Geburtstag. Den Vortrag hält H. M. Werbach; H. Michaelis regiert aus des Dichters Berlin; Othogard Braun singt Goethes Lieber.

## Außlose Dementis.

### Nicht Regierungss-, sondern Geister-Manöver.

Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt:

„Herr Geister“ dementiert unsere Meldung, daß zu der Tagung seiner „Vaterländischen Verbände“, auf der eine das Londoner Abkommen ablehnende Entschlieung gefaßt wurde, die Verbände aus Rheinland-Westfalen, die auf dem gegenteiligen Standpunkt stehen, nicht eingeladen wurden. Er bestreitet zwar nicht die Tatsache, daß die Vertreter des besetzten Gebietes nicht geladen worden waren, versucht sich aber damit herauszureden, daß die Franzosen seine Verbände aufgelöst hätten und daher niemand berechtigt sei, im Namen der „Vaterländischen Verbände“ des besetzten Gebietes zu sprechen.

Demgegenüber möchten wir feststellen, daß auch nach der Auflösung der „Vaterländischen Verbände“ im besetzten Gebiet Vertreter von diesen zu den Tagungen in Berlin zugezogen worden waren. Ein anderes Verhalten wäre auch wohl kaum als „vaterländisch“ zu bezeichnen. Wenn es diesmal nicht geschah, so liegt die Gründe dafür auf der Hand.

Wie unangenehm Herrn Geister unsere Veröffentlichung war, geht aus seinen Versuchen hervor, sie als „Regierungsmanöver“ abzutun. Es handelt sich weder um ein Manöver, noch um eine Auslassung von Regierungsseite, sondern um die Entlarvung eines Versuchs, die Oeffentlichkeit irrezuführen. Was Herr Geister nicht dementieren kann, das ist die Tatsache, daß die früheren Mitglieder der aufgelösten „Vaterländischen Verbände“ der besetzten Gebiete für Annahme des Londoner Paktos eintreten. Das festzustellen war ja der Zweck unserer Veröffentlichungen.

Der ungewöhnlich plumpe Ablehnungsversuch des Vorstandes der Vaterländischen Verbände entpuppt sich damit als eine Katastrophe für den Abgeordneten Geister. Die den Verbänden angeschlossenen Organisationen, die sich einen Vorzügen wie den von der Volkspartei ausgeschlossenen Abgeordneten Geister weiter gefallen lassen, würden damit zu verfehlen geben, daß sie sich mit der Brückierung der besetzten Gebiete und mit dem Versuch, die Oeffentlichkeit irrezuführen, einverstanden erklären. Man wird also mit einem Wechsel im Vorsitz der Vaterländischen Verbände rechnen dürfen.

## Bund der Mörder?

### Ein Aufruf der „Bismarckjugend“.

Ein Herr Sieveling, Reichsführer der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei, veröffentlichte dieser Tage durch die willkürliche Rechtspreffe einen Aufruf an die Bismarck-„aller Landmannschaften, Gau und Marken“, in dem zunächst die Reichsregierung in der unsäglichsten Weise beschimpft und dann das Londoner Abkommen einer Untersuchung unterzogen wurde. Hier heißt es:

„Sie (die Reichsregierung) hat ferner Millionen Deutscher in den wider Recht und Gesetz besetzten Rußlanden, die auf Befreiung hoffen, um dem demokratischen Ministerkollegen Herriot sein Amt zu retten, schutzlos weiter der Willkür Schwarzers und weißer Neger ausgeliefert. Dieser Verrat an unseren schwer leidenden Volksgenossen trifft besonders schwer die Bismarckjugend. Gerade in den letzten Wochen und Monaten sind ihre ehemaligen Mitglieder im besetzten Gebiet der Verfolgung durch das landfremde Einbrehergesindel in erhöhtem Maße ausgesetzt gewesen. Hunderte von ihnen sind zu schweren Strafen verurteilt oder ausgewiesen worden, andere konnten nur durch die Flucht dem gleichen Schicksal entgehen! Sie alle überläßt die Regierung der Deutschen Republik fallschuldig ihrem Schicksal. Den Ebert, Marx und Streckmann gilt infolgedessen unser erbitterter und hasserfüllter Kampf mit allen Mitteln, die die Verfassung zuläßt.“

Und nun vergleiche man mit diesen vom Hof diktierten Ausführungen die in London von der Reichsregierung mit den Vertragsgegnern vereinbarten Amnestiebedingungen. Auch ein völkisches Hirn sollte doch wenigstens insinuate sein, die einfache und klare Formulierung zu erfassen, die gewählt worden ist, um alle etwa entstehenden Zweifel sofort zu beseitigen. Da heißt in den Vereinbarungen über die Amnestie:

„Amnestie sämtlicher Gefangenen einschließlich Niederschlagung aller schwebenden Verfahren, soweit die Handlungen aus politischen Motiven hervorgegangen sind, ohne Rücksicht auf die Straftat selbst. (Die einzige Ausnahme ist die des Attentats gegen das Leben mit Todeserfolg.) Uebergang sämtlicher schwebender Verfahren einschließlich der Vollstreckung, die nur aus Anlaß der Errichtung der Eisenbahn- und Zollregie und der sonstigen Pfänderverwaltungen vor die Militärgerichte gelangt sind, auf die zuständigen deutschen Behörden. Zusicherung, daß künftig die deutsche Gerichtsbarkeit, insbesondere bei Verfolgung von Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates ihren normalen Lauf nehmen kann. Rückkehr der Ausgewiesenen sowie Wiedereinsetzung der abgesetzten Beamten in ihre Ämter, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, über die ein vorheriger Reinigungsaustrausch mit den deutschen Behörden vorgesehen ist.“

Was haben die Deutschnationalen Demagogen zu diesem völkisch eindeutigen Abkommen zu sagen? Die Situation ist für jeden, der nicht bewußt die Augen schließt oder aus volksverhöhnenden Motiven Lügen verbreitet, vollkommen klar: das Londoner Abkommen schließt die bedingungslose Freigabe aller wegen politischer Delikte Verhafteten in sich. Nur die Unterzeichnung kann also zu einer Befreiung der gefangenen Deutschen führen! Wissen das die Bismarckbündler unter der glorreichen Führung ihres Herrn Sieveling nicht — oder wollen sie behaupten, daß in ihren Reihen nur Mörder sitzen?

## Held über die Eisenbahnfrage.

### Gegen die deutschnationalen Demagogen.

München, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held setzte sich am Dienstag im Zwischen-ausschuß des bayerischen Landtages eingehend für die Annahme des Londoner Abkommens und der Dawes-Gesetze ein. Der Ausschuss nahm unter Ablehnung völkischer und kommunistischer Agitationsanträge einen deutschnationalen Antrag an, der den Staatsvertrag zwischen dem Reich und Bayern über den Uebergang der bayerischen Eisenbahnen an das Reich durch die Annahme des Eisenbahngesetzes im Reichsrat für verlegt erklärt und auspricht, daß der bayerische Landtag die Durchführung der Dawes-Gesetze als schweren Eingriff in die Lebenskraft des bayerischen Staates und Volkes ansehe.

Dazu bemerkte der Ministerpräsident, daß es falsch sei, wenn gesagt werde, daß die bayerische Eisenbahn durch die Nicht-einhaltung des Staatsvertrages wieder in bayerischen Besitz zurückgeführt sei. Das Eisenbahngesetz sei nicht unklar und auch nicht international, denn das Direktorium der künftigen Bahnen werde aus Deutschen bestehen und der Verwaltungsrat eine deutsche Wehrheit haben. Die Reichsregierung habe die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die Eisenbahnobligationen genau so behandelt würden, wie andere Obligationen, daß also auch für sie die Aufmerksamkeitsfrage in gegebenem Augenblick praktische Be-

deutung gewinnen werde. Die bayerische Regierung habe im Reichsrat ihre Zustimmung zum Eisenbahngesetz nicht gegeben, weil in London eine eigene bayerische Beteiligungsgesellschaft nicht durchgeführt worden sei. England und Frankreich hätten allerdings in diesem Falle auf der Regiedahn bestanden. Bayern habe aber andererseits die Vorlage des Eisenbahngesetzes im Reichstag nicht sabotieren wollen und deshalb im Reichsrat das Gesetz nicht abgelehnt. Zum Londoner Abkommen habe niemand einen brauchbaren Ausweg gezeigt, außer der Zustimmung. Der Ministerpräsident erinnerte an die bei der Ablehnung der Dawes-Gesetze drohende Arbeitslosigkeit. Wenn bis September keine Regelung erfolgt sei, werde die Katastrophe eintreten. Der Ebel steige einem bis zum Halbe hinaus, wenn diese Schicksalsfrage des deutschen Volkes unter Mißachtung aller Tatsachen parteipolitisch ausgenutzt werde. Das Organisationskomitee habe eine Dezentralisation der deutschen Eisenbahnen beschlossen. Mit der Reichsregierung seien Vereinbarungen getroffen worden, daß der bayerische Einfluß auch in der künftigen Eisenbahn-L.G. vollkommen gewahrt bleibe.

Folgendes sei vereinbart worden: Die Reichsregierung werde darauf sehen, daß im Einvernehmen mit Bayern ein bayerischer Vertreter zum Mitgliede des Verwaltungsrats bestimmt werde. An den Staffeln, Umschlügen und Seebahntarifen werde nicht gerüttelt werden und die Lokalbahnzuschläge würden sofort beseitigt werden. In den Stammaktien, die das Reich von der Aktiengesellschaft zu übernehmen habe, werde Bayern beteiligt werden und aus ihnen eine Dividende erhalten, die vom Reich zu garantieren sei.

Auch zwei Abgeordnete aus der Pfalz — der zur deutsch-nationalen Landtagsfraktion gehörende Deutsch-Volksparteiler Bürger und der Abgeordnete Hildenbrand (Bayer. Vp.) — erklärten sich für die Annahme der Londoner Abkommen.

## Interparlamentarische Konferenz.

### Der Mißbrauch der ehemals deutschen Kolonien.

Bern, 26. August. (WZ.) In der heutigen Debatte der interparlamentarischen Konferenz über die Frage der Kolonialmandate hielt der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, eine mit beifolgendem Beifall aufgenommene Rede, in der er den von dem französischen Berichterstatter Marius Roulet (Soz.) begründeten Anträgen über die Reform des Völkerbundmandatensystems mit der Begründung zustimmte, daß ihre Verwirklichung geeignet sei, die bisher sehr wenig befriedigende Lage der unter Mandats Herrschaft stehenden Bevölkerungen zu bessern. Dr. Schnee entwarf ein Bild von den traurigen Verhältnissen in den früheren deutschen Kolonien und wies auf den großen Unterschied hin, der zwischen der deutschen Verwaltung und den Mandatsverwaltungen bestehe. Nachdem bereits die Grenzführung in keiner Weise die Interessen der Bevölkerungen berücksichtigt hätte, lebten verschiedene Kolonien jetzt unter der ständigen Gefahr völliger Annexion. Entgegen der Völkerbundbeschlüsse würden ferner die Mandatsgebiete militarisieren, während unter deutscher Herrschaft nie eine Zwangsaushebung und eine Verwendung einheimischer Soldaten außerhalb der Kolonie stattgefunden haben. Der Steuerdruck und die anderen Lasten der Eingeborenen seien erstickend, die gesundheitliche Fürsorge stark vernachlässigt worden, obgleich gerade auf diesem Gebiet, vor allem in der Bekämpfung der durch die Schiffskrankheit Deutschland Vorbildliches geleistet habe. Es sei nunmehr unbedingt notwendig, daß die Mandatskommission des Völkerbundes, anstatt einzig auf die Berichte der Mandatsmächte angewiesen zu sein, selbst an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfe, und daß den Eingeborenen ein unbefristetes Petitionsrecht bei der Mandatskommission gesichert werde. Zum Schluß warnte Dr. Schnee davor, die Millionen-Völker des dunklen Kontinents mit modernen Waffen auszustatten und sie gegen die europäische Kultur loszulassen, anstatt für die kulturelle Hebung dieser Bevölkerungen zu sorgen. Die Rede Dr. Schnees wurde, obgleich wegen Zeitmangels grundsätzlich keine Uebersetzungen mehr vorgenommen werden konnten, auf Wunsch der amerikanischen Delegation ins Englische übertragen.

In der Debatte über die Frage der Kolonialmandate ergriffen nach dem Wort zwei Vertreter der kürzlich in die Interparlamentarische Union aufgenommenen ägyptischen Gruppe. Zusatzanträge brachten der frühere holländische Finanzminister Treub und der Präsident der holländischen Kammer Kortzen sowie der polnische Vertreter Reich, der für die Förderung der jüdischen Einwanderung in Palästina eintrat. In seinem Schlusswort sprach der französische Abg. Roulet dem Gouverneur Schnee seinen Dank für die ausführlichen Mitteilungen über die Zustände in den Mandatsgebieten aus, die hoffentlich auch vor die Völkerbundskommission gelangen und die er selbst der zuständigen Kommission der französischen Kammer unterbreiten werde. Roulet erkannte ferner die organisatorischen Leistungen Deutschlands in seinen früheren Kolonien an. Die Resolutionsentwürfe wurden dann von der Konferenz mit einigen Zusätzen angenommen, die anderen Ueberänderungsvorschläge der Kommission überwiesen.

## Wirtschaftsfreiheit!

Bern, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Interparlamentarische Union nahm am Dienstag eine Entschlieung an, in der als das sicherste Mittel für die internationale wirtschaftliche Solidarität die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern durch Unterdrückung aller gegenwärtigen Hemmnisse bezeichnet wird. Sie verlangt die Beseitigung des Wahzwanges oder wenigstens der Bisen. Auf diesem Gebiet ist heute Deutschland fast der reaktionärste aller Kulturstaaten. (Red.) Sie verlangt ferner den Abschluß von Handelsverträgen mit der Sicherung der gleichen Behandlung der Waren aller Nationen durch die Verkehrstarife auf dem Eisenbahn- und Wasserwege. Eine einheitliche Klassifikation der Waren durch die Frachttarife aller Länder werde den internationalen Verkehre erleichtern.

## Englands Abrüstungsaktion.

London, 26. August. (WZ.) Die britische Regierung hat dem Völkerbund einen Bericht eingereicht über ihre Ansichten hinsichtlich der Beschränkung der Rüstungsausgaben. Dies ist gegeben gemäß einer Entschlieung, die in der vierten Session des Völkerbundes angenommen worden ist. Die britische Regierung betont, welche Erfolge durch England in den letzten Jahren in Bezug dieser Politik der Beschränkung der militärischen Ausgaben erreicht worden sind und weist darauf hin, daß eine weitere Beschränkung für das laufende Jahr vorgesehen ist. Die britische Regierung erklärt, daß sie auch weiterhin ihr Augenmerk darauf richten wird, die Rüstungsausgaben auf ein Minimum, soweit es mit den Erfordernissen der nationalen Sicherheit vereinbar ist, zu beschränken. Schließlich bemerkt sie, daß die Bewegung für Rüstungsbeschränkung nur wirklich in die Tat umgesetzt werden kann durch gegenseitige Verständigung und daß sie jederzeit bereit ist, Vorschläge in diesem Sinne zu erwägen.

Englische Bergarbeiter gegen deutsche Gratzkohlenlieferungen.

London, 26. August. (WZ.) MacDonald erklärte sich bereit, das Referatkomitee der Bergarbeiter zu empfangen, das den Wunsch hat, sich bei ihm für Aufhebung der deutschen Reparationskohlenlieferungen einzusetzen. Das Komitee ist der Ansicht, daß die Durchführung des Dawes-Plans der englischen Bergwerksindustrie großen Schaden bringen wird.

# Appell an die Berliner Holzarbeiter!

Ein Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung zeigt, daß der Aufstieg und die innere Festigkeit der Organisationen wesentlich beeinflusst wird von den wirtschaftlichen Verhältnissen, die mitbestimmend sind für das Verhalten der großen Masse. Das zeigte sich besonders in der Nachkriegszeit. Teils als Ausdruck der Empörung gegen das zusammengebrochene militaristische System, das die Kriegsteilnehmer direkt, die Daheimgebliebenen indirekt in seinen schrecklichen Bann gezwungen hatte, teils aus Bedrängnis aus der wirtschaftlichen Not, in die sich die Entlassenen plötzlich gedrängt sahen, strömte alles den Gewerkschaften zu. Rechte der eine oder andere da draußen zum Nachdenken gekommen sein und einen guten Gewerkschaftsgenossen als Kameraden gefunden haben, der seinen Gedanken die richtigen Wege wies, ihn aufklärte. Allein der Masse der Unaufgeklärten konnte nicht über Nacht die Ueberzeugung gekommen sein von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Die Gewerkschaften hatten den Achtstundentag erreicht. Warum sollten sie nun nicht auch ihre neuen Mitglieder in gutbezahlte Arbeit bringen, die Betriebe sozialisieren und das goldene Zeitalter herbeiführen?

Die rauhe Wirklichkeit der Dinge mußte diese naiven Illusionen jäh zerstören. Die Berliner Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes hatte allerdings schon in der Vorkriegszeit den weitaus größten Teil der Arbeitnehmerschaft erfaßt. Sie erfuhr nur einen Zuwachs von 28 000 auf 36 000 Mitglieder, womit sie 96 Proz. aller Berufstätigen erfaßt hatte. Damit war sie zahlenmäßig wie organisatorisch gegen die meisten übrigen Gewerkschaften in einer überaus günstigen Lage, was auch in dem Ausbau ihrer Tarifverträge zum Ausdruck kam.

Doch schon Ende 1919 machten sich die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Krise bemerkbar, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 ihren Höhepunkt erreichte.

## Das Berliner Tischlerergewerbe

in seiner handwerksmäßigen Zusammensetzung, war stark in Mitteleuropa gezogen und die Mitglieder unserer Organisation, durch Arbeitslosigkeit der bittersten Art ausgeliefert. Die Wirkungen dieser Periode zeigten sich alsbald darin, daß ein Teil der Neuorganisierten wieder sahnenflüchtig wurde. Ein weiterer, aber noch viel schlimmerer Faktor während der Krisen war die Geldentwertung. Die Kapitalistenklasse verlor es mit Hilfe der Notpresse Reichtümer und Kapitalien zu schaffen, wogegen auf der anderen Seite für die Arbeiterschaft der Reallohn sich ständig verminderte. Unausgesetzte Lohnkämpfe waren die Folge; aber auch die Kampfkraft unserer Mitglieder mußte schließlich unter dem Druck der Inflation erlahmen, da die etwa erzielten Erfolge nur Augenblickerscheinungen blieben.

Die Gewerkschaften und nicht zuletzt unsere Organisation, wurden vor Aufgaben gestellt, die zu lösen von dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit abhing. Trotzdem glauben viele Mitglieder, daß die Verbesserung der traurigen Lage unserer Kollegen nur von dem guten Willen der Leitung abhängt. Diese einseitige Auffassung wurde durch eine unverantwortliche Propaganda und Hege von kommunistischer Seite genährt. Jene Elemente schämten sich nicht, die Not der Arbeitslosen für ihre politischen Parteinteressen zu mißbrauchen. Die planmäßig betriebene Hege gegen die Verbände wirkte auf den Mitgliederbestand sehr nachteilig ein und hat auch in unserer Organisation ihre Spuren hinterlassen. Aus alledem geht hervor, daß

## Zum Fall Stegerwald.

Der „Deutsche“ des Herrn Stegerwald deutet in seinem Bericht die Ausführungen von Imbusch über das Verhältnis zwischen dem Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter und der Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nur kurz an. Zu dem Bericht der „Vossischen Zeitung“, den wir im gestrigen Abendblatt wiedergaben, stammt der „Deutsche“:

„Die „Vossische Zeitung“ benutzte die Ausführungen Imbuschs, um darzutun, daß die Stellung Stegerwalds in den christlichen Gewerkschaften erschüttert ist. Hierbei ist wohl der Wund der Vater des Gedankens. Die Presse, vom Schloge der „Vossischen Zeitung“, darf trotz aller Versuche, die sie unternimmt, um Meinungsverschiedenheiten innerhalb der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung herauszustellen, versichert sein, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch nicht ein Anhänger steht, der sich mit dem Geiste der „Vossischen Zeitung“ in irgendeiner Weise verbunden fühlt.“

Als ob es darauf ankomme und nicht auf die Rolle Stegerwalds, der sich politisch so sehr „herausstellte“, daß er für den Kerntrupp der christlichen Gewerkschaften eine allzu schwere Belastung geworden ist. Drehte es sich lediglich um Meinungsverschiedenheiten, wie sie überall vorkommen, um einen „häuslichen Streit“, dann hätte die Öffentlichkeit kein besonderes Interesse daran. Doch eben die „Einwirkungen, die sich... aus der Verbindung mit nicht aus gleicher Grundeinstellung gewachsenen Verbänden im Deutschen Gewerkschaftsbund ergeben haben“, aus der Paarung zwischen Karpen und Kaninchen, mochten sich bemerkbar. Wozu kommt, daß der gewesene „verantwortliche Staatsmann“ diese Rolle wieder spielen möchte, tagtäglich probt und vor lauter Sorge um die „nationalen Belange“ die Interessen der Arbeiter ver-gessen hat. Das Vertrauen des Deutschennationalen Handlungsgehilfenverbandes mag Herr Stegerwald bis zu einem gewissen Grade erworben haben; er hätte es redlich verdient. Doch das Vertrauen der Pumpen, deren Delegierten auf der Generalversammlung bitter darüber klagten, daß ihnen wieder eine 12 stündige Schichtzeit aufgezwungen würde, hat er sich gründlich ver-

## noch ein großes Stück Ausführungsarbeit

zu leisten ist. Dabei darf nicht veräußert werden, denen das Handwerk zu legen, die als Mitglieder unserer Organisation nur darauf bedacht sind, ihr Schöden zuzufügen.

Das durch die Wogen der Wirtschaftskrise und der parteipolitischen Agitation im eigenen Lager stark unterpölte Fundament unserer Organisation muß und wird wieder befestigt werden. Das Arbeitgeber-tum wittert Morgenluft und hat seinen Kriegsplan ausgearbeitet. Die Kündigung sämtlicher Tarifverträge war das erste Zeichen zum Angriff. Die von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände geplante Befestigung des Achtstundentages bedeutet den Sturmangriff auf das letzte Bollwerk sozialer Errungenschaften. Die im Holzgewerbe monatelang geführten Verhandlungen standen unter dem Eindruck eines machtkäuflichen Arbeitgebertums, das den Zeitpunkt für gekommen hielt, um dem Holzarbeiterverband einen tödlichen Schlag zu versetzen. Die Herren sahen ein, daß das doch nicht so einfach ist, unsere Organisation genügend Widerstandskraft besitzt, um solche Anschläge abzuwehren. Noch stehen die Tarifverhandlungen auf dem toten Punkt und ihre Wiederbelebung wird von unserem Einfluß und ihr Ergebnis von unserer Kraft und Macht abhängen.

## Die gegenwärtig herrschende Krise

die ihre stärkste Auswirkung im Tischlerergewerbe hat, hat auch den Nachbunkel der Arbeitgeber eingeblüht. Von der Entwidlung der außen- und innerpolitischen Verhältnisse wird es abhängen, ob eine Gesundung der Wirtschaft eintritt und damit auch für das Tischlergewerbe in absehbarer Zeit die Produktion wieder in Gang kommt und die Existenz unserer Mitglieder gewährleistet. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind die ersten Merkmale einer Besserung im Anzuge. Eine Gesundung wird jedoch erst dann eintreten, wenn die unläutereren Existenzen aus dem Gewerbe wieder verschwunden sind und der technische Ausbau in einem Maße erfolgt ist, daß die Berliner Industrie mit ihren Produkten auf den Weltmarkt treten kann. In dieser Voraussetzung aufgedaute Betriebe werden die höchsten Leistungen dann vollbringen, wenn Arbeitsfreudigkeit durch Garantie des Friedens-Realeinkommens gesichert wird.

An der Verbesserung unserer Wirtschaftslogik mitzuarbeiten ist

## Pflicht jedes Mitgliedes

und unserer Gesamtorganisation. Das Arbeitgeber-tum wird versuchen, die ihm entsetzlichen Belastungen aus den Reparationsverpflichtungen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Mit Arbeitszeitverlängerung und weiterer Verkürzung der Reallohn beabsichtigt die kapitalistische Gesellschaft neue Gewinne auch aus den Reparationsverpflichtungen herauszuschinden. Der planmäßig vorbereitete Angriff auf die letzten sozialen Schutzbestimmungen legt davon Zeugnis ab.

Holzarbeiter aller Branchen, überlegt, was uns die Zukunft bringen kann!

Große Kämpfe sind unvermeidlich. Sorgt dafür, daß Ihr nicht schußlos dem Ausbeutertum gegenübersteht. Nur im geschlossenen Kampf kann der Herrenstandpunkt der Besitzenden überwunden werden. Voraussetzung ist eine starke Organisation!

Hort mit allen politischen Phrasen. Reicht Euch ein in die Front des Deutschen Holzarbeiterverbandes!

Scherz! Denn auch den christlichen Arbeitern ist der Zusammenhang der Dinge mit der Haltung Stegerwalds nicht ganz unbekannt.

Was muß denn noch geschehen, um die Stellung Stegerwalds als Gewerkschaftsführer zu erschüttern? Mag sein, daß ein Mann, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat, die Erschütterung seiner „Stellung“ nicht allzu stark empfindet. Das ändert nichts an den Tatsachen. Möglich, daß Herr Stegerwald trotz der „Reinigungsverschiedenheiten“ noch einige Zeit lang seine Doppelrolle weiter spielen kann. Raum möglich, daß er aus der Kritik Imbuschs die nötige Lehre zieht. Doch auf die Dauer wird er der Notwendigkeit nicht entgehen, sich darüber zu entscheiden, ob er als Gewerkschaftsführer Arbeitnehmerinteressen vertreten oder sein Stiefpferd der hohen Politik reiten will. Kann er nicht mehr begreifen, daß beides zugleich bei aller Schmiegsamkeit nicht zu machen ist, dann ist dem Gewerkschaftsführer Stegerwald nicht mehr zu helfen.

## Die Tarifbewegung der Artisten.

Zwischen der Internationalen Artistenloge und dem Direktorenverband war ein Waffenstillstand bis zum 25. September vereinbart worden, vorbehaltlich der Zustimmung der Verbände. Die Streiks in Königsberg, Hamburg usw. sollten sofort beendet werden. Inzwischen sollte der vom Direktorenverband angerufene Schlichter einen Spruch fällen, bei dessen Ablehnung neue Verhandlungen beginnen sollten. Da nun die Unternehmer dieses Abkommen dazu bemüht haben, der Öffentlichkeit eine falsche Darstellung von dem tatsächlichen Stand der Dinge zu geben, hat die Internationale Artistenloge sich genötigt gesehen, in einem längeren Schreiben diese ihre Auffassung dem Direktorenverbande mitzuteilen. Gleichzeitig wurde von Mitgliedern des Aktionsausschusses an den Hauptauschuß der Antrag gestellt, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Der Hauptauschuß hat darauf in seiner heutigen Sitzung das Waffenstillstandsabkommen einstimmig abgelehnt. Die Artisten stehen auf dem Standpunkt, daß sie nach dem Vorgehen der Direktoren diesen keineswegs mit gebundenen Händen gegenüberstehen wollen, vielmehr alle Möglichkeiten offen behalten müßten, ihre Interessen zu wahren und sich

Wänder zu sichern. Die Taktik der Artisten, durch Streiks an einzelnen Orten die Unternehmer zur einzelnen Anerkennung des bisherigen Tarifs zu veranlassen, wird also fortgesetzt. Die Internationale Artistenloge erklärt jedoch, daß sie durchaus zur Verständigung und zu Verhandlungen, gleichviel an welcher Stelle, bereit und zu ihrem Vorgehen lediglich durch das Vorgehen des Direktorenverbandes gezwungen worden sei.

## Wieder Innungskrankenkassen?

Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Nicht als ob wir den Innungen hineinreden wollten, wenn sie Krankenkassen für ihre Mitglieder gründen! Doch darum dreht es sich nicht, sondern darum, daß die Innungen wieder besondere Innungskrankenkassen für „ihre“ Arbeitnehmer gründen und sie ihnen aufzwingen wollen. Das sollte nicht!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der Regierung folgende Anfragen unterbreitet:

1. Neuerdings zeigt sich bei den Innungen eine starke Bewegung, Innungskrankenkassen gegen den Willen der Versicherten in einem Maße zu errichten, daß der Bestand der zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkassen sehr gefährdet ist. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

2. Durch Schreiben vom 31. Oktober 1923 an die sozialen Ministerien der Länder hat der Herr Reichsarbeitsminister empfohlen, die Nachweisungen zur Gemeinnützigkeit in der Krankenversicherung vorläufig nicht mehr einzufordern. Diese Maßnahme war während der Inflationszeit berechtigt, hätte aber nach der Festigung der Währung zurückgezogen werden müssen, da namentlich die Gemeinnützigkeit voll im gesellschaftlichen Umfange auswirken konnte. Trotz wiederholter Eingaben der Krankenkassen hat der Herr Reichsarbeitsminister es abgelehnt, seinen Erlaß zurückzuziehen. Worauf gründet der Herr Minister seinen unter den jetzigen Umständen unhaltbaren Standpunkt und was gedenkt er zu tun, um unverzüglich den gesetzlichen Vorschriften über die Gemeinnützigkeit zum Rechte zu verhelfen?

## Vom Schindludertreiben mit Arbeiterexistenzen.

Aus dem kleinen Lippstadt wird berichtet: Nachdem in der verflochtenen Woche die Entlassung von 200 Arbeitern bei den Deutschen Werken, Werk Lippstadt, erfolgt, hat jetzt die Westfälische Metallindustrie durch Schließung ihres Werkes nach vorausgegangener Kündigung 380 Arbeiter entlassen. — „Lah“ betteln sie gehn, wenn sie hungrig sind...“

Die Gute-Hoffnungs-Hütte hat noch Hoffnung. Sie teilte zu ihrem an die Regierung gerichteten Antrag auf Betriebseinschränkungen mit, daß sich diese infolge Abfahrschwierigkeiten in den nächsten Tagen als erforderlich erweisen könnten. Es sei noch zweifelhaft, ob die Einschränkungen tatsächlich durchgeführt würden. Durch die eventuellen Maßnahmen werden keine Arbeiter entlassen, da die Betroffenen auf andere Betriebe verteilt werden sollen. — Weßhalb dann aber der Antrag?

Die Gewerkschaftsbewegung in Bombay erfreut sich nach einem Rückschlag im Jahre 1923 wieder stetiger Entwicklung. Man zählt nun in der Provinz 23 Verbände mit 82 129 Mitgliedern. Die größte Organisation ist der Verband der Seelente mit 11 000 Mitgliedern.

**Achtung, graphisches Gewerbe!** Heute, Mittwoch, nachm. 4½ Uhr, Versammlung sämtlicher SPD-Funktionäre (Betriebsabläufe, Vertrauensleute, Delegierte usw.) bei Penning, Alexandrinenstraße 44. Der Verband sucht für das graphische Gewerbe, Mantel, Steich, Fiedler, Schabe.

**Deutscher Holzarbeiterverband, Waffenzimmerarbeiter!** Mittwoch, den 27. August, abends 7 Uhr, im „Reichsbanner Hof“, Reichsberger Straße 117, Funktorenversammlung. Sämtliche Betriebe müssen vertreten sein. Die Kollegen der Betriebe haben dafür Sorge zu tragen, daß gegenwärtig die Kollegen darauf aufmerksam gemacht werden, diese Versammlung zu besuchen. Tagesordnung: 1. Schlußwort. 2. Bericht über die Lohnverhandlung. 3. Die Brancheneinigung.

**Wochenlohn!** Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Verbandsbureau, Rungelstr. 10, Versammlung. Bericht über die Lohnverhandlung. Die Brancheneinigung. **Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer im KDB, Provinzialverband Berlin.** Mittwoch, Donnerstag, abends 7 Uhr: Volksschullehrer im Berliner Stadthaus, Röhrenstraße, Zimmer 138. 1. Der festgesetzte Schluß der 1923/24 (Referent ein Mitglied). 2. Die diesjährige Lage der KDB. 3. Der Internationale Lehrertag in Brüssel. — Im Anschluß daran Arbeiterversammlung für sozialistische Schulpolitik. Tagesordnung: Das Provinzialstudienprogramm und die Realbildung. — Der Besuch der Lehrerbildungsschule Charlottenberg findet Freitag, den 1. September, vormittags, statt.

**Deutscher Bekleidungsarbeiterverband.** Achtung! Damen-Hof- und Konfektionsarbeiterinnen! Am Donnerstag, den 28. August, abends 6 Uhr, Gedächtnisstr. 37/38, Hof part., Funktorenversammlung. 1. Stellungnahme zur Kündigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeitgeber. 2. Welche Wünsche erwachen uns daraus? Jedes Geschäft muß vertreten sein! In Betrieben, wo keine gewählten Funktionäre vorhanden sind, ist eine Vertretung zu entsenden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Familien: R. A. Wöhrle; Schulen und Sonstiges: Erik Rathgeber; Anzeigen: Th. Glöck; Kunst: H. Berlin. Verlag: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Verlag, Bornstr. 10, Berlin SW. 8, Lindenstraße 3, Girzen 3, Belgien.

## Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht unmaßig farbiger, harziger, unangenehm riechender Schuhcreme ausfragen. In wenigen Tagen ist das empfindliche Leder ansehnlich, wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die farblose überreizte wahlnehmende **Odolcreme Tubervan**. Gibt schon in kleinen Mengen einen samtweichen Glanz, verharzt nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reife höchst sauber, parfüm und praktisch. Alles unangenehmliche Leder bekommt neues Aussehen. Für jedes Schuhwerk unentbehrlich. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Verkaufsstelle: Berlin W. 8, Mohrenstraße 16. Fernspr.: Maxtur 2099.

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen zu faulen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten und Zahnlücken geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnspalten, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptica, z. B. wurden früher Lösungen von Kali chloricum oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Wir raten deshalb eindringlichst und mit gutem Gewissen allen die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit **Odol** zu gewöhnen.

# Alles mit Gas.

## Das Ergebnis einer Studienreise nach Amerika und England.

Stadtbauinspektor Franz Kessinger von der Berl. Städt. Gaswerke A.-G. hat kürzlich eine Studienreise nach Amerika und England unternommen und schildert im folgenden seine in diesen Ländern gesammelten Beobachtungen.

Durch das liebenswürdige Entgegenkommen der amerikanischen sowohl wie auch der englischen Gaswerke und der gesamten Industrie wurde mir in ausgiebigster Weise Gelegenheit gegeben, selbst in Betriebsgeheimnisse Einsicht nehmen zu können. Es wurde mir dadurch möglich, die vielseitige Anwendung des Gases im Auslande eingehend zu studieren und Vergleiche zwischen Deutschland und den obigen Ländern zu ziehen. In jahrelanger gemeinsamer Arbeit haben die amerikanischen Gaswerke zusammen mit der Industrie gewirkt, um dem Gase immer weitere Anwendungsgebiete zu erschließen. In Amerika ist die Verwendung des Gases zum Kochen und Warmwasserbereiten in jedem Haushalt, in Restaurationen, Hotels, Großküchen usw. etwas Selbstverständliches.

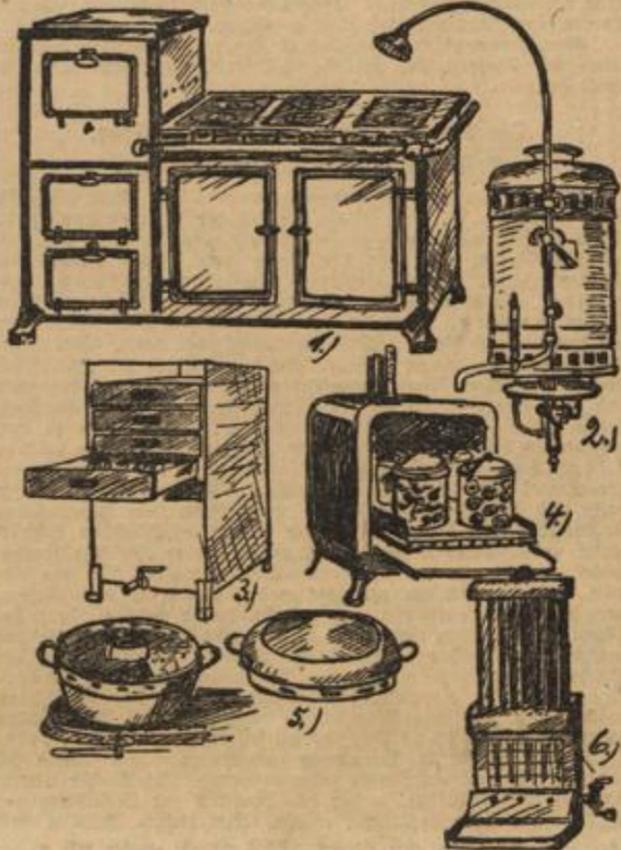
### Riesenflächenanlagen.

Im Yale Club, Vanderbilt Avenue, New York, sah ich musterghilfliche Riesenflächenanlagen mit Gasheizung, ferner sind die großen Stadtküchen von The Worn u. Hardart Co. und eine Anzahl Automaten zu erwähnen. Manche deutsche Kocheinrichtungen, wie Herde, vor allem Warmwasserapparate sowie die automatisch betriebenen Boileranlagen erster deutscher Firmen sind jedoch vielfach wirtschaftlicher als amerikanische und englische Apparate gleicher Art. Etwa 60 bis 80 Proz. der Gesamtgasproduktion wird in den Vereinigten Staaten, wie ich mich in etwa 12 Großstädten und 60 Betrieben und Gaswerken überzeugen konnte, in der gesamten Industrie und Gewerbe verwandt. Die Gaswerke unterhalten gleichzeitig große Ausstellungen, in denen sämtliche in Frage kommenden Apparate zum Verkauf gelangen. Von den vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten, denen man in Deutschland zum Teil noch fremd gegenübersteht, seien nur einige herausgegriffen, u. a. wird das Gas verwandt: zum Fleischwenden, Schinkenrosten, Röhren, Sengen, Röhren von Kakaobohnen; für Brot-, Kuchen-, Biscuit-, Kates-Großbäckereien; zum Herstellen von Creme-Schokolade, Jucker- und Fruchtboden, Platten in modernen Großplattereien (neuartig mit Gas beheizt und dampfgebend beim Bügeln); für Großwäschereien (Beheizen der Waschtische), für Hutgroßindustrien, Kunstfaserherstellung, zum Destillieren von großen Mengen Wassers usw., zum Dellen, Firnisrosten, Blissebrennen, Beheizen von Walzen in Kartomagen- und Stoffabriken, Erwärmen von Zellulose, zum Trocknen von Blechgeschirren in Großküchen, zum Aufverdröhen, Erwärmen von Siegellack und Samenkeimproben, zur Formgebung von Holzstäben usw., zum Glühen, Härten und Anlassen (kostet alles automatisch), Emaillieren und Lackieren von Blechen in verschiedenen Farben, zum Erwärmen von Brennpfannen für Glasmalereien, Glaschmelzen und Formen, zum Kern- und Formtrocknen, Austochen von Automobilteilen (in Amerika werden die Automobilteile in großen Abkühlkesseln gereinigt), zum Beheizen von Stempeln und Matrizen, Erwärmen von Lederpressen, Nietenwärmen, Verzinnen und Verzinken, zum Erwärmen von Senfen, zunderfreien Glühen von Röhren, Glühen von Bolzen in der Schraubenfabrikation, autogenen Schweißen, Schneiden mit Gas und Sauerstoff, zum Härten von Hauptleitungen mit Bronze, Löten mit Nieder- und Hochdruckgas, Schmelzen des Lettern- und Edelmetalls (alle Druckerien in New York werden mit Gas beheizt), zum Leimkochen in Großmüllfabriken, zum Leigeneinlösen in Krematorien, Beheizen von kleinen und großen Dampfkesseln und vieles andere mehr.

### Die gasbeheizten Dampfkessel.

In fast allen besuchten Betrieben sah ich große mit Gas beheizte Dampfkesselanlagen „Automatic Steam Boilers“, in welchen die Temperaturen der Nieder- und Hochdruck-Dampfmengen automatisch reguliert werden. In der Star Heating Co., New York, der größten Blissefabrik der Welt, arbeiten 12 derartige Kessel zur Erzeugung der Dampfmenge für die Walzen. Als ich mich bei dem Leiter der genannten Firma über den Preis des Heizstoffes informierte, entgegnete er mir: „Gewiß ist das Gas etwas teurer als Steinkohle,

aber „Time is Money“, und die Vorteile des schnellen Anheizens, die Sauberkeit, keinerlei Bedienung und keine Schlackenabfuhr sind mir wertvoller als der etwas höhere Preis des Gases; außerdem spare ich auch an Kosten für Kohlenlageräume und Verzinsung der Kohlenvorräte.“ Da bekanntlich die erzeugte Wärme zu entstehen sucht, ist das Festhalten der gewünschten Temperatur sowie das Vermeiden der Über- und Untertemperatur für die Fabrikation von größtem Einfluß. Der für Industrieheizungen verwandte amerikanische Temperaturregler ist so konstruiert, daß das Pyrometer nicht allein die Temperatur anzeigt, sondern auch kontrolliert und gleichzeitig ein auf Luftdruck reagierendes Ventil den Zufluß von Gas und gepreßter Luft der gewünschten Temperatur entsprechend ein-



1. Moderner Gasherd mit 6 Brennern, Brat- und Backöfen und Wärmeschrank. 2. Backöfen. 3. Trocknaparat für Obst, Gemüse, Pilze etc. 4. Gasboiler zum Sterilisieren von Obst, Gemüse und Fleisch. 5. Apparat zum Backen auf offenem Feuer. 6. Ofen.

stellt. Auch die Sicherheitsabsperrvorrichtungen fehlen an fast keinem Apparat. In der Standard Sanitary Manufacturing Co. in Pittsburg, in welchem täglich mehr als 2160 Badewannen in 36 großen Kammeröfen auf etwa 650 Grad gegußt und emailliert werden, konnte ich mich überzeugen, wie die Temperaturen an Hand einer großen Tafel mit 144 kleinen Glühbirnen in der Zentrale bauernd kontrolliert wurden. Rote, weiße und grüne Lampensignale an den Öfen zeigen Über-, Normal- und Untertemperaturen an. Vermittels einstellbarer Stechkontakte werden Läutesignale an den Öfen ausgelöst, welche die beaufsichtigenden Arbeiter aufmerksam machen. In diesen Anlagen sind die Amerikaner groß, besonders in ihren Einrichtungen für Regelung der Temperaturen. Hierfür muß ihnen größte Anerkennung ausgesprochen werden, denn durch diese

Verbesserungen ist es möglich, die größte praktisch erreichbare Gasersparnis zu erzielen.

Eine der bedeutendsten Verbesserungen, die für die Feuerungstechnik geschaffen worden sind, die flammenlose Oberflächenverbrennung, ist durch die Surface Combustion Co. außerordentlich vielseitig zur Anwendung gekommen. Diese Gesellschaft hat die mannigfaltigsten Apparate für die Industriegasverwendung geschaffen und dazu beigetragen, daß das Gas Gemeingut für die wärmerverbrauchenden Industrien geworden ist. Wenn ich auf die Vorzüge dieser Feuerstätten hinweise, so geschieht dies nur deshalb, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Anwendung dieses Systems sowohl der Gasindustrie wie auch der gesamten Industrie einen großen Vorteil bietet.

### Gas-Großbacköfen.

Die Ward Baking Company, Atlantic Ave., Brooklyn, besitzt 3 automatisch laufende Öfen. Jeder Ofen ist 32 Meter lang und backt 3000 Laib Brot pro Stunde. Die Backtemperatur beträgt etwa 205 bis 232 Grad Celsius. Wöchentliche Produktion bei 18 Stunden pro Tag 800 000 Laib Brot von je einem Pfund durchschnittlich und 150 000 Pfund Kuchen. Die wöchentlich benutzten Zutaten betragen: 2700 Fässer Weizen = 247 300 Kilogramm; 11 200 Kilogramm Weizen; 3033 Kilogramm Hefe; 2700 Kilogramm Salz; 5600 Kilogramm Zucker, 2100 Kilogramm Rosinen und 6530 Kilogramm Pflanzenöl. Auch in Philadelphia mit seinen 442 000 Gastkonsumenten verbraucht die Industrie 50 bis 60 Proz. Gas von der Gesamtproduktion und die Bäckerei The Horn and Hardart Co., die größte der Vereinigten Staaten, hat allein einen jährlichen Gasverbrauch von 72 000 000 cbft. Sie hat 5 Backöfen mit je 204 Brennern; jeder Ofen ist etwa 30 Meter lang und 4 Meter breit. Sämtliche Brenner sind mit Temperaturreglern und Sicherheitsabsperrvorrichtungen versehen. 17 Stück 150-stämmige Gasmesser sind mit den Back- und Waffelmaschinen verbunden. Die Verteilungsgasleitung ist 300 Millimeter im Durchmesser. In der gleichen Firma in New York arbeiten nach dem Oberflächenverbrennungssystem 6 große mit Niedriggas und Preßluft beheizte Kartoffelröster. Die Kartoffeln werden mittels Maschine fein geschnitten und gelangen dann in heißes Öl. Dieser wird durch Temperaturregler so hoch erhitzt, daß es gerade unter Flammpunkt gehalten wird. Die Dauer des Röstens der Kartoffeln beträgt 2 bis 3 Minuten. Trotz der durch die Niagarafälle gelieferten billigen Elektrizität hat die Stadt Buffalo ein großes Gaswerk im Bau. Desgleichen sah ich die Gasverwendung in Pittsburg bei den drei vereinigten Gaswerken, bei der Peoples Natural, Equitable and Manufacturers Light and Heat Company. Diese Stadt verwendet auch Naturgasquellen, deren Gas von West-Virginia nach Pittsburg und Umgebung geleitet wird. Wenn die Gasquellen im Winter versagen, werden die Industrieföfen mit städtischem Steinkohlengas oder auch mit Teeröl beheizt. Eine annähernd so starke Verwendung des Gases wie in der amerikanischen Industrie hat das Gas in England für Heizung etc. gefunden. Ich konnte feststellen, daß in verschiedenen Industriebetrieben die Nieder- und Hochdruckgasbeleuchtung, die sämtlich mit Luftdruck-Feinzündern versehen waren, in Kugel-, Halbkugel- und vielen anderen Lampen eine bedeutende Rolle spielen.

Im Interesse unseres Nationalvermögens und um der Rauch- und Rußplage zu steuern sowie zur Verbesserung der Großstadtatmosphäre wäre es zu wünschen, wenn die deutsche Industrie sich in ebensolcher Maße wie Amerika und England des Gases bedienen würde. Vor allen Dingen müssen die Ansichten fallen, daß das Gas etwas Veraltetes ist; denn was in anderen Ländern als das Praktische und Sauberste angesehen wird, müßte auch in Deutschland Geltung und Verständnis finden. Die deutsche Industrie handelt in ihrem eigenen Interesse, wenn sie ihre Feuerstätten einer Modernisierung unterzieht, um bei unserem bestehenden Wiederaufbau den rapid wachsenden Ansprüchen voll genügen zu können.

Englischer Ansehungsunterricht für Anfänger. Am 1. September beginnen die neuen Ansehungskurse im Englischen für Kinder (von 10-14 Jahren) und für Erwachsene. Der Unterricht wird vorzugsweise nach Ansehungsstufen erteilt. Anmeldungen bis zum 30. August täglich von 8-5 Uhr nachmittags (für Kinder) und von 7-9 Uhr abends (für Erwachsene) bei D. Fuchs, W. 57, Zietenstr. 6a (nahe Bülowstraße und Kollendorfsplatz). Sprachschule für Proletariat.

# Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Die Uniform allein genügte noch nicht. Andreas erzählte, daß er sein Kreuz nicht mehr besitze. Willi behauptete, ohne Orden könne man keinen Dienst in der Toilette versehen. Er konnte die geheimen Zusammenhänge zwischen Bedürfnisanstalt und Patriotismus und wußte die ornamentale Wirkung eines dekorierten Invaliden im Klosett zu schätzen. Am nächsten Morgen kaufte er in einem Ordensladen fünf Auszeichnungen, darunter einen Stern aus Gold und Silberfäden an blauroten, rotweiß gestreiften und knallroten Bändern. Das mußte Andreas an die Brust nähen.

Zwei Tage später trat er seinen Dienst in der Toilette des Café „Halali“ an.

18.

Zwischen blanken Rachelwänden und wandhohen Spiegeln, neben einer blauen Personenwage, sah Andreas Bum. Von den Wasserhähnen über den drei Porzellanbecken tropfte es in regelmäßigen Abständen, das plinkende Geräusch unterbrach die weiße, unendlich saubere Stille und es war, als fielen Tropfen der Zeit in den Raum der Ewigkeit. Auf einem Tischchen lagen Handtücher, flachgebügelt, übereinander geschichtet und Seifenwürfel bildeten eine kunstvolle, sehr hohe und dennoch sichergegründete Pyramide. In einem gläsernen Wandkasten sah man Parfümflaschen, Würfelspiele, Trendel aus Messing und Stahl, ein Dominospiel für die Tasche und kleine Zauberspielkarten. Das alles bekam Willi „in Kommission“. Andreas verkaufte es. Um die „Toilette“ interessanter zu machen, hatte der Cafetier einen Pöpel angebracht. Er hieß „Ignaz“ und besaß einen grünen Rücken, der violett schimmerte, eine rötliche Mütze und eine weiße Halskrause. Der Papagei sagte „Guten Tag“ und „Guten Abend“, so oft ein Herr die Toilette betrat. In den Pausen, besonders an Nachmittagen, wenn keine Gäste kamen, unterhielt sich Andreas mit dem intelligenten Vogel. Sie hatten sich allerhand anzuvertrauen, Andreas und Ignaz. Der Papagei saß im Käfig, dessen Tür offen stand, aber es fiel ihm nicht ein, etwa weitere Ausflüge zu unternehmen, als bis zum Wandkasten, der oben in der Mitte einen dreieckigen Nischen hatte.

Auf der Spitze saß der Papagei oft und rieb mit einer Krallen kunstvoll seinen Schnabel.

Andreas dachte an die Zeit, in der er sich zu seinem Leierkasten einen solchen Vogel gewünscht hatte. Er stellte fest, daß viele Wünsche spät in Erfüllung gehen, wenn der Mensch bereits alt und fast wunschlos geworden ist. Dieser Papagei war sehr musikalisch. Wenn die Musikkapelle im Café spielte, begann Ignaz zu pfeifen. Es gab Melodien, die er besonders liebte, und andere, die ihn aufregten. Erklang eine, die ihm unsympathisch war, so sträubte sich sein Gefieder, es baufachte sich sein rotes Samtkäppchen und er begann mit den Flügeln so wild um sich zu schlagen, daß seine bunten Federn flogen und die Seifenpyramide leise zitterte. Das ereignete sich bei den Klängen der Nationalhymne in einem ganz erstaunlichen Maße und bei einigen kriegerischen Märschen. Es schien, daß Ignaz ein Pazifist war und unpatriotisch bis zu einem sträflichen Grade. Darüber freute sich Ignaz im Stillen. Denn auch er liebte die patriotische Musik nicht mehr und er dachte mit bitterem Hohn an jene Zeit zurück, in der er selbst noch durch seinen Leierkasten diese Melodien verbreitet hatte.

Ja, ja, Ignaz, wir sind Rebellen, wir beide. Leider kann es uns nichts nützen. Denn ich bin ein alter Krüppel und du bist ein ohnmächtiger Vogel und wir können die Welt nicht ändern. Wenn ich dir erzählen wollte, wie viel ich im Leben gelitten, was ich im Krieg durchgemacht habe und im Gefängnis, wie mir in der Zelle die Augen aufzugehen begannen und wie ich endlich entschlossen war, ein kräftiger, tätiger Heide zu werden, bis ich im Spiegel des Borortzuges einsehen mußte, daß ich zu alt geworden war! Alle meine Freunde leben noch und sind kräftig und jung. Ich aber bin dem Tode verfallen und, wenn du mit deinen Flügeln so wild um dich schlägst, so glaube ich schon, sein Klackeln hinter meinem Rücken zu hören.

Der Papagei sah verstonnen und träumerisch und vollkommen ruhig Andreas an. Dann begann er zu pfeifen, als wollte er den alten Mann erheitern. Er piffte ganz willkürlich, nach eigenen Longesen, als würde er die Sprossen der Leiter durcheinander und besonders schrille Laute wiederholte er schnell und ohne Pause. Dann sprang er mit einem leisen Schrei Andreas auf die Schulter und bat um Zucker, den Andreas in viele kleine Stückchen teilte.

Es ging abwärts mit Andreas. Er sah aus wie ein Siebzigjähriger. Sein weißer Bart reichte knapp bis zu den bunten Ordensbändern auf seiner Brust, die ihm das Ansehen eines alten Schlachtenlenkers verliehen. Weißes Moos wucherte in seinen Ohren. Er hustete laut und trocken und war nach jedem Hustenanfall matt, wie ein fieberkrankes

Kind, und einer Ohnmacht nahe. Er mußte ein paar Minuten sitzen und um ihn kreisten die Spiegel, die blanken Racheln und die Lichter, zuerst schnell, dann immer langsamer, bis sie endlich an ihrem gewohnten Ort stehen blieben. Diese seltsamen Bewegungen erinnerten Andreas an die letzten Drehungen eines Karussells, das aus den verschütteten Tagen seiner Kindheit auftauchte. Dazu kam die Musik aus dem Café, gedämpft, wie aus einem Jenseits und nur anschwelend, so oft ein Gast die Tür öffnete. Sehr oft schlief Andreas ein. Er träumte viel und sehr deutlich und alle Bilder des Traumes behielt er scharf im Gedächtnis, wenn er erwachte. Er wußte bald nicht mehr zu unterscheiden zwischen Wahrheit und Traum und er nahm geträumte Bilder für wirkliche Ereignisse und diese für Träume. Er sah die Gesichter seiner Gäste gar nicht, er pugte ihre Kleider, reichte ihnen Seifen, Bürsten und Handtücher und hörte nicht, wenn sie ihm etwas sagten, dankte nicht für ihre Trinkgelder und zählte nicht seine Einnahmen. Er verkaufte auch nicht viel von Willis Waren, er pries nichts an, er „interessierte“ nicht, wie Willi sagte, wenn er „kontrollieren“ kam. Nur der alten Freundschaft hatte er es zu verdanken, daß er auf seinem Posten bleiben durfte.

Das schmale Fenster der Toilette ging in einen Hof, in dessen Mitte ein Kastanienbaum stand und der Andreas an die Höfe erinnerte, in denen er musiziert hatte. Jetzt wurden die Knospen immer größer, sie wuchsen zusehends, wurden fett und knallig, die Vögel hingen in den Zweigen, paarten sich und stritten, Andreas streute ihnen Krumen und sah in den Frühling hinaus, der verborgen, kümmerlich und dennoch reich, so viel Pracht entfaltete, als es die Bedingungen des gepflasterten Hofes zuließen und die Sonnenstrahlen, die nur am Nachmittag hierher kamen. Wenn ein Gast eintrat, mußte Andreas aus Gründen des Anstandes das Fenster schließen, denn gegenüber waren Küchenfenster und weibliches Hauspersonal, das neugierig hinüberzusehen schien.

Die Stelle am Knie schmerzte, die Pfisterung der Krücke hätte längst erneuert werden müssen. Auch der Rücken tat aus unerklärlichen Gründen weh, die Feuchtigkeit verstärkte alte rheumatische Schmerzen, Gichtnoten bildeten sich an den Fingern und ein drückendes Weh lastete auf der Brust, das Herz schien sekundenlang stillzustehen und Andreas glaubte, er wäre bereits tot. Dann erwachte er, erschraf, daß er noch lebte und glaubte bald wieder, er wäre nicht mehr auf Erden. Erst ein neuer Schmerz bewies ihm, daß er noch ein Lebender war.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Gurken-Heinrich.

Warm sind sie nicht, wie die an tausend Stellen auf den Groß-Berliner Straßen und Plätzen feilgebotenen Würstchen nicht immer genau bestimmbarer Ursprungs, aber frischgrün und saftig, gefolgt und gepfeffert, kurz und artig, von neuester Ernte. In Lübbenau, der Gurkenstadt, schreiten bei Ankniff jeden Tages Männer und Frauen die Abfälle mit Eimern und Kübeln ab, rufen um die Weite und bieten achte saure Spreewaldgurten an. Jeder dritte Reisende greift zu und verzehrt aus freier Faust die eingelegte Gurte, wie in Eberswalde den berühmten Speigkluden. Auch in Groß-Berlin scheint sich die saure Gurte ein Stück des fliegenden Straßenhandels erobert zu haben. Man sieht sie schon allenthalben auf Straßenwägelchen, einträchtig neben den Rollmörsen, Dessertinen (lies: Spre-Steles) und Salslangen, und darüber in großen onkoden Buchstaben die überall gleichlautende Firma „Gurken-Heinrich“. Der Ausdruck stammt aus dem Mittelberliner Volksleben, möglicherweise aus dem vor 350 Jahren zum ersten Male gefeierten Stralauer Fischzugfest, da zum Fischessen die Gurte wie der Senf zur warmen Wiener passt. Seine genauere Entstehung ist aber nicht bekannt, läßt nur Vermutungen zu. Vielleicht hat vor einigen hundert Jahren irgendein Heinrich die besondere, an die ewig geliebten preußischen Könige mit klingender Münze bezahlte Konzeption erhalten, in Berlin den Gurkenhandel im großen zu betreiben, oder der für die Nachwelt gebliebene Epitheton knüpfte sich an eins der damaligen vielen Berliner Originals. Weil der „Original-Gurken-Heinrich“ in seiner Fülle zu einseitig und langweilig wirkt, sieht man auf den Straßen und Kummelplätzen auch schon andere Vornamen, selbst weibliche, in Verbindung mit der sauren Gurte. So leben alle Volkseigenarten, unbeeinträchtigt von dem oft viel weniger schönen Zug ins Moderne, spontan wieder auf und finden genug Freunde, die sich bei der Bescheiden selbst schon mit einer sauren Gurte zurückträumen in die „gute, alte Zeit“.

## Der Fall Plehner vor Gericht. Kein Mordanschlag.

Das Berliner Schöffengericht am Landgericht II hatte sich gestern mit der Schließfrage des Technikers und Kalkulators Heinrich Plehner, eines Mannes von 47 Jahren, zu beschäffigen, die sich gegen den Prokuristen Succow von der Firma Siemens u. Halske richtete.

Plehner war seit Dezember 1914 bei Siemens u. Halske als Kalkulator tätig. Als Leiter des Kalkulationsbüros wirkte ein Kaufmann Schwarz, das Bureau unterstand außerdem dem Leiter des Blockwerks, dem Prokuristen Succow. Im August 1923 kam es zur fristlosen Entlassung Plehners, den man beschuldigte, während eines Streiks arbeitswille Angehörige gewalttätig am Bestreben der Arbeitsstätte verhindert zu haben. Plehner versuchte in einem Briefwechsel mit der Firma und Succow, die Entlassung rückgängig zu machen, und er hat zu diesem Zweck auch einmal die Ehefrau Succows besucht. Da alle seine Bemühungen fehlschlagen, soll er, nahm die Anklage an, sich entschlossen haben, seinen vermeintlichen Widersacher niederzuschlagen. Als Succow in Nicolaispark kurz vor 12 Uhr in der Waltharistraße gelegenes Haus verließ, gab der Angeklagte fünf Schüsse ab. Eine Kugel traf in die rechte Achselhöhle, zwei andere verletzten die Schulter. Succow brach zusammen, während der Angeklagte in größter Eile in den benachbarten Wald lief. Die Schießerei wurde jedoch von einem Chauffeur Grohmann, der mit seinem Auto in der Nähe hielt, beobachtet. Grohmann nahm die Verfolgung auf, worauf Plehner nun auch zweimal auf ihn die Waffe anlegte.

An der gestrigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er keinen Mordanschlag geplant habe. Er habe nach der Entlassung keine Beschäftigung finden können und sei in Verzweiflung geraten. Sein Plan sei lediglich gewesen, sich selbst vor dem Hause Succows, den er für den eigentlichen Urheber seines Unglücks gehalten habe, zu erschießen. Als ich dann aber Succow sah, sah ich mich eine stünzige Wut. Ich hatte keine Lederlegung mehr, was ich tat, und habe heute auch keine klare Erinnerung an die Vorgänge, wie sie sich abgespielt haben. — Vorz.: Weshalb haben Sie aber auch auf den Chauffeur geschossen und weshalb führten Sie nach der Tat den geplanten Selbstmord nicht aus? — Angekl.: Auch dafür vermag ich keine Erklärung zu geben. Der als Zeuge vernommene Succow bezeugte, daß er keineswegs auf die Entlassung Plehners gedrängt habe. Das Zeugnis habe er im Gegenteil noch zugunsten des Angeklagten geändert, auch habe er Rücksprache mit dem Abteilungsleiter genommen, der jedoch erklärt habe, daß er den Angeklagten nicht wieder einstellen wolle. Der Staatsanwalt beantragte wegen versuchten Mordes und versuchten Totschlages 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Er sah die Leumundsabsicht des Angeklagten darin, daß die Zielrichtung des Schusses auf die Brust ging, ferner auch darin, daß der Angeklagte auch noch auf den am Boden Liegenden geschossen habe. Dem entgegen führte der Verteidiger aus, daß der Angeklagte dem Prokuristen einen Denksatz habe geben wollen.

Nach fast dreistündiger Beratung verkündete der Vorsitzende des Schöffengerichts folgendes Urteil: Der Angeklagte wird im Falle Succow zu einem Jahr Gefängnis nur wegen Körperverletzung, im Falle des Chauffeurs Grohmann wegen Besitzes einer Waffe bei einem Angriff zu 4 Monaten Gefängnis und wegen unerlaubten Waffenraus zu 6 Wochen Haft verurteilt. Die Strafe wird auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und 6 Wochen Haft zusammengezogen, wovon 1 Monat Gefängnis und 6 Wochen Haft als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen wurden.

## Aus der Heilstätte Belgiz.

Unsere Mitteilungen (in Nr. 396) über die Lungenheilstätte Belgiz, in der es wegen der Beschäftigung zu Auseinandersetzungen zwischen Patienten und der Verwaltung gekommen war, haben nicht den Beifall des Chefarztes Dr. Friede gefunden. In einem Brief an uns äußert er seinen Verdruss darüber, daß wir vor Veröffentlichung unseres Artikels nicht ihn gefragt haben. Aber durch das, was Dr. F. jetzt ungefragt erzählt, wird unsere Darstellung in keinem wesentlichen Punkt widerlegt.

Chefarzt Dr. F. sagt selber, daß bei einem Teil der Patienten seit einigen Wochen sich Unzufriedenheit bemerkbar machte, angeblich „unter dem Einfluß einiger Heher“. Diese Unzufriedenheit sei dadurch genährt und vermehrt worden, daß nach einem Wechsel in der Küchenleitung „Verschieden in den Mengenverhältnissen gemacht wurden, so daß das Essen nicht reichte“. Die Fehler seien durch Nachlieferung von Konferven usw. ausgeglichen worden, so daß niemand den Tisch ungeduldi verlassen habe. Eine Verstimmung sei aber doch zurückgeblieben. Dr. F. behauptet dann, die Befristung sei „noch dem Urteil aller unbefangener Teilnehmer ausgezeichnet“. Ueber die Häufigkeit der Kaffee- und Bohnengerichte schweigt er, ebenso über den Vorwurf, daß gesalzenes Waden im Essen vorhanden seien. Daß von Waden nur 1/2 Liter je Person als Getränk verabreicht wird, gibt er zu, außerdem werde aber noch 1/2 Liter je Person zu Suppen usw. verbraucht. Wahrscheinlich wird er die für „befangen“ erklären, die bei Lungenkranken diesen Wadenverbrauch für zu gering halten. Weiter erzählt er, daß von Butter zum Frühstück täglich 55 Gramm und bei kaltem Abendbrot außerdem noch 25 Gramm gegeben werden, daß Fleisch als Braten und Aufschnitt täglich drei bis viermal mit täglich 250 Gramm ausgeführt und Kaffee zum zweiten Frühstück wöchentlich viermal gereicht wird. Genügend wird nach Dr. F.'s Behauptung „so fett gefolgt, daß sich viele Patienten erst an diese Zubereitungsart ge-

wöhnen müssen“. Die Patienten, die das ihnen gegebene Quantum Fleisch, Butter und Fett für zu wenig halten, werden sehr verdutzte Gesichter machen, wenn sie die Angaben des Chefarztes lesen. In Zusammenhang sich zu beschaffen, haben sie gar nicht nötig, sagt Dr. F. „Weiß Gott, warum es Patienten gibt, die es trotzdem tun und ihr Geld dafür ausgeben. Wegen der nach einer Patientenversammlung ergangenen Anordnung, ein Mitglied der Patientenkommission zu entsenden, habe ein Hungerstreik nicht stattgefunden, versichert Dr. F., nur habe ein großer Teil der Patienten sich vor dem zweiten Frühstück geweigert, in den Speisesaal zu gehen. Mit solchen Wortklaubereien will der Herr Chefarzt Eindruck machen? Sein eigener Brief sagt, daß nach der Weigerung, zu essen, er die „sehr erregten“ Patienten auf die Folgen ihres Tuns hinwies, daß er die dann verlangte Zurücknahme der Entlassung jenes Patienten bewilligte und daß erst danach die Patienten sich zum Frühstück begaben. Das sei nicht nach zwei Stunden, sondern „sofort“ geschehen, fügt er hinzu, doch verzieht er anzugeben, wieviel Zeit die Verhandlungen mit den streikenden Patienten erfordert hatten. Dr. F. muß auch zugeben, daß der Patient, der von ihm „mit Entlassung bestraft“ war Oleson Ausdruck gebraucht er in seinem Brief, sich seiner „absichtlichen Uebertretung einer Anordnung des Chefarztes“ schuldig gemacht habe. Die volle Schale seines Joches gießt er über den anderen Patienten aus, von dem wir sagen, daß dieser seinen Verdruss über die Befristungsmangel in allzu kräftiger Form geäußert habe. Der sei, belehrt uns Dr. F., entlassen worden, weil eine Wiederholung eines so erregten Ausfalls verhältnißlos werden müßte. Dr. F. hat die Lunge dieses Patienten nicht erst nochmal untersucht, sondern der Kasse geschrieben, ihm eine Kur in einer Nervenklinik zu gewähren.

Wir können nicht finden, daß in der vorgekommenen Streitigkeit der Chefarzt Dr. Friede eine besonders glückliche Rolle gespielt hat.

## Die Herkunft der falschen Fünfziger. Aufgehobene Falschmünzwerkstätten.

Wie vor einiger Zeit mitgeteilt, war es der Reichsfalschgeldstelle gelungen, in einer Remise in der Spreestraße zu Charlottenburg eine Falschmünzwerkstatt aufzufinden, in der man sich hauptsächlich mit der Herstellung von falschen 50-Pfennig-Stücken beschäftigte. Es war dies die Kolonne Doppel und Genossen. In dieser wurde nachträglich noch ein Kaufmann Paul Schwaneberg, ebenfalls aus Charlottenburg, festgenommen, der den Betrieb dieser Falschmünzwerkstatt übernommen hatte. Ihn erreichte sein Schicksal bei einem Freilass. Da der Betrieb der Falschmünzwerkstatt noch in demselben Maße fortgesetzt wurde, mußte man annehmen, daß noch andere „Fabriken“ in Betrieb seien. Die Herausgabe dieser hauptsächlich die Straßenbahn, und oft kam es vor, daß abends bei der Abrechnung der Schaffner einer Linie 12 bis 15 falsche Geldstücke in der Tasche hatte. Ein junger Mann, der einmal beim Wechseln ein falsches 50-Pfennig-Stück erhalten hatte und die Fälschung sofort erkannte, folgte dem Herausgeber. Er bemerkte, wie dieser sich auf der Straße bei Hindernissen Schürfen und Zigaretten rauchte und andere kleine Einkäufe machte, wobei er jedesmal mit 50-Pfennig-Stücken zahlte. Da ihm dies alles verdächtig vorkam, verfolgte er den Mann bis nach Schienenberg in der Fontanestraße. Als er feststellte, in welchem Hause der Mann verschwunden war, ging er zum nächsten Polizeirevier und machte dort Meldung. Durch die weiteren Beobachtungen der Reichsfalschgeldstelle gelang es, in diesem Hause eine zweite Werkstätte zu ermitteln, die Fälscher bei der Arbeit zu überführen und sämtliches Material zu beschlagnahmen. Es wurden hierbei im ganzen fünf Personen festgenommen. Eine dritte „Fabrik“ wurde in Pankow ausgehoben. Hier hatten sich zwei Schlosser und ein Dreher zusammengesetzt. Der Dreher war in einer Fabrik beschäftigt, in der das Material zur Herstellung von 50-Pfennig-Stücken verarbeitet wurde. Von diesem Material stahl er heimlich, wie er unheimlich fortstehlen konnte. Die beiden anderen ließen sich auf ihrer Arbeitsstätte krank schreiben und prägten das Metall zu falschen 50-Pfennig-Stücken um. Die Leute hatten die Falschstücke so täuschend nachgemacht, daß die Unterscheidungsmerkmale nur bei genauerer Betrachtung zu erkennen waren. Im ganzen hatten sie etwa 3000 Stück in Umlauf gebracht. Auch diese Bande konnte unschädlich gemacht werden.

## „Frau v. Sudow“.

### Der Werdegang einer Pseudo-Kristallin.

Nach vierjähriger erfolgloser Suche wurde gestern eine Schwärzlerin, die sich der hochtönendsten Namen bediente, von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet. Wie wir berichteten, war zu Anfang dieses Monats in einer Pension in Halle ein großer Diebstahl ausgeführt worden. Eine angebliche Frau v. Sudow, die bei der Pensioninhaberin großes Vertrauen genoss, hatte wertvollen Schmuck gestohlen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die angebliche Frau v. Sudow, die auch von anderen Dezerenten wegen Heiratschwindel und Betrugsdelikten gesucht wurde, in Wirklichkeit eine Schneiderin Annemarie Lid, geb. Heinrich, ist. Gestern abend sah ein Kriminalkommissar, der sich auf einem Streifgang befand, in der Lönnerstraße eine elegante Dame, auf die die Beschreibung der Lid paßte. Als er ein Gespräch mit ihr anknüpfte, um ihre Identität zweifelsfrei festzustellen und sie einlad, den Abend mit ihm zu verbringen, willigte sie ein. Erst als man auf dem Alexanderplatz statt vor einer Weinstube in den Hof des Polizeipräsidiums einführte, erkannte die Schwindlerin ihren neuen Kasper. Ihre Aussagen ergaben das Bild eines festsamen Werdeganges.

Die Familie, der sie entstammt, lebte in den ärmlichsten Verhältnissen. Es waren acht Kinder zu Hause, der Vater krank, und so herrschte oft die bitterste Not. Nach während der Vater lebte, war die Mutter bemüht, als Pflegerin zum Unterhalt der Familie beizutragen. Als Annemarie 16 Jahre alt war, zog die Mutter von Königsberg nach Eberswalde. Hier lernte das Mädchen einen Kaufmann kennen, den sie bald darauf heiratete. Dieser Ehe entstammten drei Kinder. Der Verdienst des Mannes entsprach nicht seinem stolzen Lebenswandel, so herrschte die Not oft auch hier, und Frau Lid beging hier ihren ersten Diebstahl. Nachdem sie von ihrem Mann geschieden war, nahm sie eine Stellung als Wirtschaftlerin auf einem größeren Rittergute in Obdenburg an. Der Besitzer, als früherer Reiteroffizier, pflegte einen großen Verkehr. Hier eignete sie sich die notwendigen Umgangsformen so an, so daß sie ihr zur zweiten Natur wurden. Ihrer

## Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 27. August.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12:15 Uhr: Vordörse. Nachm. 12:55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1:05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2:15 Uhr: Börsenbericht. 5:30-7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7:30 Uhr abends: Vortrag: Frau Adelo Prosser „Sagen und Märchen“. 9-10 Uhr abends: Aus Opfern. 1. Arie aus „Ein Maskenball“, Verdi (Kammersänger Arnold Gabor, von der Metropolitanoper, New York). 2. Arie aus „Aida“, Verdi (Margarete Schreiber-Sattler, von der Großen Volkoper, Berlin). 3. a) Cavatine aus „Rigoletto“, Verdi, b) Ach wie so trügerisch, aus „Rigoletto“, Verdi (Bernhard Bötel, von Deutschen Opernhaus, Charlottenburg). 4. Duett aus „Aida“, Verdi (Margarete Schreiber-Sattler und Kammersänger Arnold Gabor). 5. Arie aus „Carmen“, Bizet (Margarete Schreiber-Sattler und Bernhard Bötel). 7. Posaen Tod, aus „Don Carlos“, Verdi (Kammersänger Arnold Gabor). 8. Duett aus „Bohème“, Puccini (Bernhard Bötel und Kammersänger Arnold Gabor). Am Steinway-Pflege: Dr. Felix Günther. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten.

mangelnden Bildung half sie durch eifriges Selbststudium nach. Sie wurde wie ein Kind im Hause gehalten und genoss volles Vertrauen. Sie war später noch auf verschiedenen anderen Gütern als Wirtschaftlerin tätig, bis sie nach Berlin kam. Hier bestellte sie verschiedene Vertrauensposten. Als sie ihr Lieblingsnichten Charlotte aus Obdenburg abholen wollte, um das Kind zu sich nach Berlin zu nehmen, war es von dem geschiedenen Manne entführt worden. Dadurch verlor sie den letzten Halt, ihr wurde alles, wie sie sagt, vollkommen gleichgültig. Von der Zeit an begannen ihre großen Schwindelereien. Sie suchte und fand Verleiher wieder in denselben Kreisen und verübte unter dem Deckmantel ihrer guten Manieren die verschiedensten groß angelegten Schwindelereien. Sie fingierte Autokäufe, gab sich als geschiedene oder verwitwete Rittergutsbesitzerin aus, spiegelte ihren Opfern Heiratsabsichten vor und es gelang ihr, mit den erschwindelten Geldern das Leben einer „vornehmen Dame“ zu führen.

## Erzberger zum Gedächtnis.

Im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, in dem einst die Vertreter des besetzten und unerschuldeten Grundbesitzes über die Geschichte Preußens entschieden, veranfaßten gestern abend die Windthorst-Bünde zusammen mit zahlreichen Vertretern republikanischer Organisationen, allen voran Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, anlässlich des dritten Todestages Erzbergers eine stille und eindringliche Gedächtnisfeier für den Hingemordeten. Alle Plätze im Saal und auf den Tribünen waren besetzt. Nur die Beteiligung der Parlamentarier war eine recht schwache. Auf der Regierungsbank saßen neben dem Reichskanzler Dr. Marx der Minister Hirthfelder, Giesberts, Oberpräsident Roste, Oberregierungsrat Dr. Brandt und andere Vertreter der Regierung.

Vor dem Platz des Präsidenten stand das Bild Erzbergers, von Blumen umfängt von Palmen und Lorbeer umgeben. Nachdem der St. Clemens-Chor unter Leitung des Musikdirektors Büning das Lied „Ecce, Quomodo Moritur“ (Siehe, wie er stirbt) gelungen und Frau Margarete Riffka einen Vorbruch aus den Werken des namentlich in der katholischen Welt bekannten Dichters Theodor gesprochen, hielt die Gedächtnisrede auf Erzberger Josef Dieß, der vor drei Jahren Herrn Erzberger auf dem Wege von Oriesbach nach der Algenwärschance begleitet hatte und durch die Augen der Wärscher ebenfalls verwundet worden war. Dieß zeichnete ein knappes, kurzes Charakterbild des Ermordeten. Er betonte seinen Fleiß, seine Aufopferung und seine eiserne Energie und er sprach von dem Erzberger, der nie um die Größe sah, sondern in die Perspektive und der sich immer vor Augen hielt, daß der Wille zur Tat vorhanden sein müsse. Der Redner gab lebhaft eine außerordentliche treffliche Skizze von der politischen Befähigung Erzbergers, der immer ein aufrichter Republikaner gewesen und der allen Einflüssen daran dachte, um nach dem verlorenen Krieg auf den Weg aus dem Chaos zu kommen.

Mit dem Lied „Verleiht uns Frieden gnädiglich“, das der Chor vortrug, schloß die Feier.

## Die Krankenkontrolle der Firma.

Die interessante Streitfrage, ob eine Angestellte, die während ihrer Krankheit von dem Kontrolleur ihrer Firma zu Hause nicht angetroffen wird, fristlos entlassen werden kann, kam dieser Tage vor dem Kaufmannsgericht zur Verhandlung. Die Kontoristin S. war vom Arzt krank geschrieben worden, hielt sich aber mit Genehmigung der Krankenkasse bei Bekannten in einem Vorort auf, wo sie bessere Heilung von ihrem Nervensystem erwartete. Nachdem nun von der Firma, einer großen Spiralschneidfabrik, die Kranke in ihrer Wohnung weder am Tage noch in der Nacht angetroffen worden war, erfolgte die fristlose Entlassung. Die Firma wurde daraufhin auf Auszahlung des Gehalts für die vereinbarte einmonatliche Kündigungsfrist verklagt. Vor Gericht erbot sich der Firmenvertreter zu einem Vergleich bereit, um „nicht Dinge zur Sprache bringen zu müssen, die für die Klägerin nicht angenehm seien“. Demgegenüber betonte Frau S., daß sie nichts zu scheuen habe. Der Vertreter der betroffenen Firma erzählte namentlich eine lange Geschichte über die Klägerin, aus der zu entnehmen war, daß die Firma aus Privatangelegenheiten der Klägerin Schlüsse über deren Verhalten während der Krankheit zog. Die Klägerin mußte sich energig dagegen verwahren und bewies, daß die Firma von der Krankenkasse jederzeit Auskunft über ihren derzeitigen Aufenthalt hätte erhalten können, wenn es ihr ernstlich darum zu tun gewesen wäre. Den richtigen Sachverhalt festzustellen. Unter diesen Umständen mußte sich der Vorsitzende auf die Seite der Klägerin stellen, und er erklärte schließlich, daß der Firmenvertreter erheblich über sein Einigungsangebot hinausging, so daß sich die Klägerin damit einverstanden erklären konnte.

## Das Hagelunwetter in Schlesien.

### Eine Notstandsaktion der Staatsregierung.

In einer kleinen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags wurde auf die schweren Schäden hingewiesen, die das Hagelunwetter im Frühjahr d. J. in Schlesien angerichtet hat. Auf die Frage, ob und welche Maßnahmen das Staatsministerium zu treffen gedente, um den so schwer geschädigten Bewohnern, insbesondere den kleinen Landwirten, zu helfen, erhielt der Preussische Minister des Innern, dem Ähnliches Preussischen Pressedienst zufolge, nachstehende Antwort:

„Die Staatsregierung hat — unter Beteiligung der in Frage kommenden Kreise und Provinzen mit der gleichen Summe wie der Staat — zugunsten der durch die Unwetter in Niederschlesien und Oberschlesien Geschädigten eine Notstandsaktion eingeleitet und hierfür aus Staatsmitteln 130 000 Goldmark bereitgestellt. Ferner hat die Preussische Zentralgenossenschaftskasse ihren schlesischen Unterverbänden 200 000 Goldmark zur Verfügung gestellt, welche in Gestalt von Krediten insbesondere den Unwettergeschädigten zugute kommen sollen. Mit der einheitlichen Durchführung der Notstandsaktion ist der Oberpräsident in Breslau beauftragt worden. Für die Verteilung der zur Verfügung gestellten Mittel ist der Grundbesitz maßgebend, daß sie zum Wiederaufbau der Wirtschaft leistungsfähiger und in ihrem Nahrungsstande gefährdeter Personen zu verwenden sind. Im einzelnen unterliegt die Verteilung der vorhandenen Geldmittel dem pflichtgemäßen Ermessen des Oberpräsidenten.“

Anschlag auf den Spreßzug Budapest-Budapest. Wegen der Erzbergers Budapest-Budapest ist bei Czernowitz ein Anschlag durch Abbringung von Explosivkörpern an der Bahnstation verübt worden. Der Anschlag ist mißlungen. Nur einige Wagen sind entgleist. Verletzten sind nicht zu beklagen.

Ein neuer Ozean-Weltrekord. Der Cunard-Dampfer Maurania hat die Fahrt von New York nach Cherbourg in 6 Tagen, 1 Stunde und 40 Minuten zurückgelegt und damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

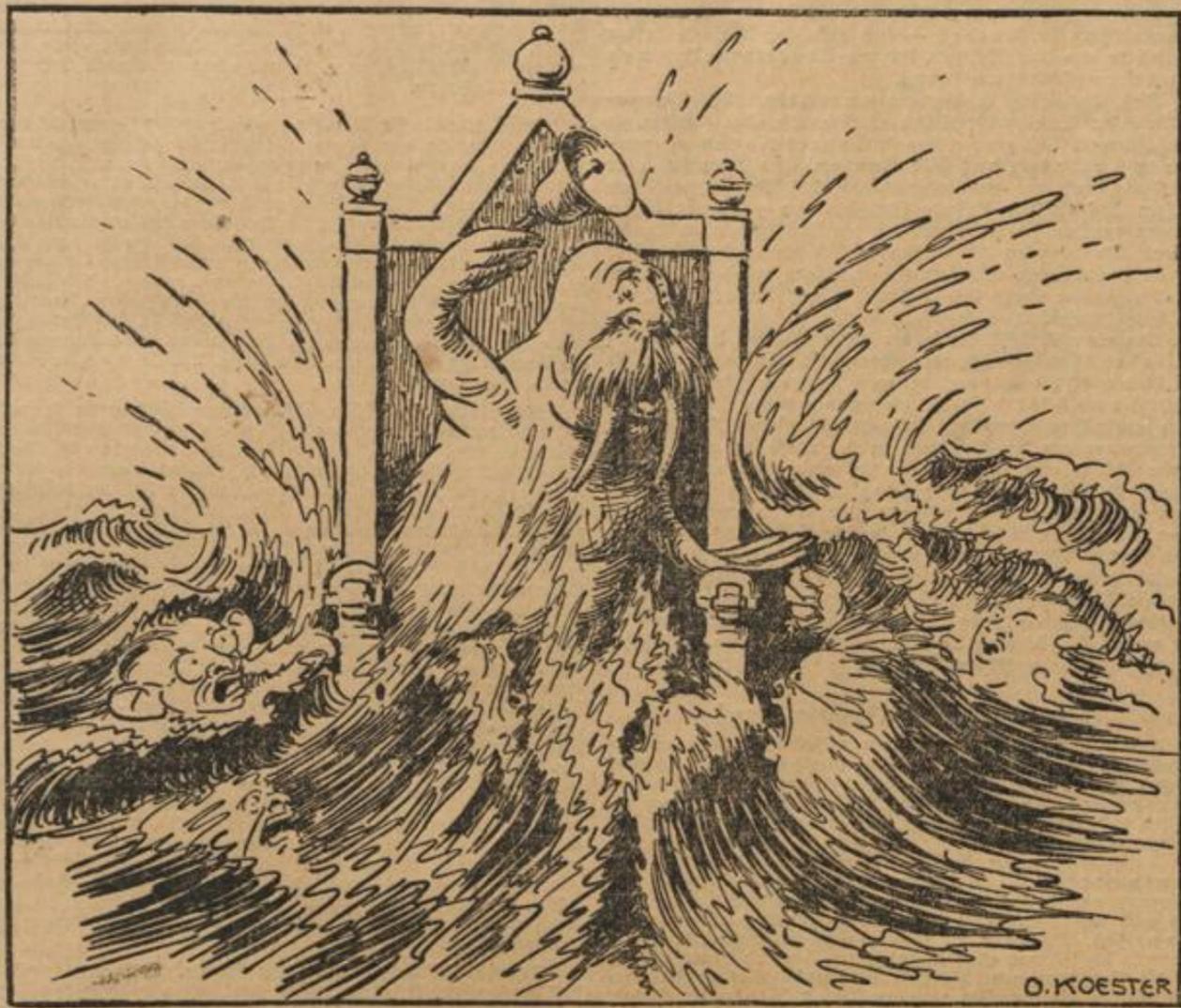
140 Goldminen vom Meeressgrund gehoben. In Mexiko des während des Krieges von einem Unterseeboot versenkten Dampfers Laurentic, dessen Brad 90 Meter unter dem Meerespiegel weißlich von Lough Swilly liegt, sind für 7 Millionen Pfund Sterling Goldbarren gleich 140 Millionen Goldmark gehoben worden. Letztes Jahr waren für 2 1/2 Millionen Pfund Sterling Goldbarren gehoben worden. Damit sind sämtliche Goldvorräte an Bord des Dampfers gerettet.

Der italienische Weisflieger aufgefunden. Der italienische Weisflieger Locatelli, der seit dem vergangenen Donnerstag vermisst war, ist 125 Meilen östlich von Großbritannien durch den amerikanischen Kreuzer Richmond aufgefunden worden.





Das Walroß.



Ein Walroß saß auf seinem Stuhl. Es ward ihm bang, es ward ihm schwul. Rings brüllt die See - wie Schwarz sie ist! Huhu! Wenn sie mich frisst!

Ein Walroß - wie? - und wasserscheu? Dies ist dem Zoologen neu. Fangt's ein und stopft es aus darum für das Panoptikum.

O. KOESTER

O. K.

Goldene Brücken den Deutschnationalen

Bürgerliche Anträge zum Mantelgesetz.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung kritisierte Abg. Kulenkampff (D. Sp.) die bisherige Praxis der Reichsbank...

Reichswirtschaftsminister Hamm

betont, die Rentenmark könne nicht, auf sich allein gestellt, die stabile Währung darstellen. Der Reichsbankpräsident habe ein großes Verdienst an der Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Wenn die Deutschnationalen mit dem Außenminister der Meinung sind, daß London der Anfang des Befreiungskampfes der Ruhr sei...

Abg. Pflieger (Baner. Sp.) bemängelt einige Punkte des Mantelgesetzes, in dem der Höchstbetrag der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Summe ihm zu niedrig erscheint...

Abg. Kurlth (Deutschnational) sieht in der Goldnotenbank das Instrument der Hochfinanz zur Verklawung des deutschen Volkes.

Rundmehr folgt die zweite Beratung der zweiten Gruppe der Vorlagen, des Gesetzentwurfs über die Industriebelastung und des Gesetzentwurfs über Aufbringung der Industriebelastung.

Abg. Schneider (D. Sp.) empfiehlt die von seinen Freunden im Ausschuss gestellten Anträge, wonach im Gegensatz zu dem Reichsratsbeschluss auch die werbenden Betriebe des Reichs...

Abg. Feder (Ratsoz.) erhält nachträglich vom Vizepräsidenten Dr. Bess einen Ordnungsruf wegen beleidigender Bemerkungen gegen den Reichsbankpräsidenten und die Reichsregierung.

Abg. Lehmann (Dnat.) lehnt die Vorlage ab. Die Substanz der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mit den Lasten aus dem Verfallenen Diktat verquittet werden.

Abg. Frau Toni Sender (Soz.):

Das Dawes-Abkommen ist weiter nichts als die Durchführung der Lasten des verlorenen Krieges. Es hätte in unserer Macht gelegen, aus eigener Kraft diese Zwangsgebote zu verhalten.

Aber die Rechte hat dabei verfaßt. Durch die Bevorzugung eines feindlichen Diktats anstatt der Verständigung gibt die Rechte die letzten Reste ihres schönen Germanentums preis. (Stürm. Heiterkeit.) Die öffentlichen Betriebe müssen von der Belastung befreit werden...

Abg. Koenen (Komm.) betont, die Industrie werde die ihr auferlegten Lasten auf die Preisschulden schlagen, so daß schließlich doch die breiten Massen die Belasteten sein würden.

Abg. Schröder-Medienburg (Ratsoz.): Rohin der größte Teil der deutschen Arbeiter mit der Gutachten-Befragung hinkommen wird, hat der Vorredner in wahrhaft glänzender Weise dargelegt.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist inzwischen ein Antrag eingegangen, wonach auch für die Annahme des Reichsbahngesetzes die einfache Mehrheit genügen und die Einleitung des Gesetzentwurfs entsprechend geändert werden soll.

Abg. Dr. Becker (D. Sp.) weist auf die eigenartige Uebereinkommung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten hin. Das lasse beinahe auf eine organische Verbindung schließen.

Das Reichsbahngesetz.

Es folgt dann die Besprechung der dritten Gruppe der Vorlagen, des Reichsbahngesetzes und des Reichsbahn-Personalgesetzes.

Abg. Schumann (Soz.)

verwahrt keine Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterverrats. Die Sozialisten seien nicht verantwortlich für die Entwicklung der Dinge bisher, sie seien aber nicht unverantwortlich genug, die Dinge laufen zu lassen und auch die Interessen der Arbeiterschaft durch Ablehnung der Londoner Abmachungen zu schädigen.

Brücken für die Deutschnationalen!

Inzwischen ist zum Mantelgesetz ein Antrag Dr. Zapf, Becker-Hessen, Curtius (D. Sp.) eingegangen, die Bestimmung einzufügen:

„Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Sachverständigengutachtens nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken:

a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Vertrages von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus befehligt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925, geräumt werden;

b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endlich geräumt wird, wie dies auch von dem englischen Kronjuristen als notwendig anerkannt wurde;

c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Besatzungsbehörden gezogenen Grenzen nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschmälert werden.“

Ferner liegt folgender Antrag v. Raumer (D. Sp.) vor, folgenden Satz einzufügen:

„Dies Gesetz sowie die Gesetze über die Deutsche Reichsbahngesellschaft, über die Industriebelastung und das Bankgesetz treten außer Kraft, sobald die Reichsregierung feststellt, daß die in dem Londoner Abkommen vorgesehenen Verträge über eine Deutschnationalen zu gewährende Anleihe von 800 Millionen Goldmark nicht zustande kommen.“

Es liegt weiter eine Entschließung v. Guérard (Z.) vor, die Reichsregierung zu eruchen, bei den in dem Abkommen vorgesehenen Ueberleitungsverhandlungen zwecks Wiederherstellung der Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit Deutschlands auf eine Revision aller von der Rheinlandkommission erlassenen Anordnungen und auf die Zurückführung des Okkupationsregimes auf das für die Sicherung der Besatzungstruppen unerlässliche Maß mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Abg. Dr. Brüning (Z.) verlangt Sicherung der Rechte des Eisenbahnpersonals.

Zum Gesetz über die Aufbringung der Industriebelastung ist folgende Entschließung Esser, v. Guérard (Z.) eingegangen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, daß sie von der Ermächtigung, die Freizone abweichend festzusetzen, mit Rücksicht auf die besonders schwierige Lage der kleineren gewerblichen Unternehmungen nicht nach der Richtung einer Herabsetzung der Freizone unter 2000 Mark Gebrauch machen möge.“

Zum Mantelgesetz liegen ferner folgende Entschließungen Dr. Zapf, Dr. Becker-Hessen und Dr. Curtius (D. Sp.) vor:

1. Ueber die Schuldfrage:

„Das deutsche Volk erklärt durch seine berufenen Vertreter, daß die Annahme der Vereinbarungen der Londoner Konferenz und des ihnen zu grunde liegenden Sachverständigengutachtens keine Erneuerung des Anerkennnisses der Schuld Deutschlands am Weltkriege erbeute. Das deutsche Volk erhebt vielmehr bei dieser Gelegenheit erneut feierlichst Einspruch gegen das im Vertrage von Versailles über die Entstehung des Weltkrieges gefällte Urteil, das den geschichtlichen Tatsachen in keiner Weise entspricht.“

2. Ueber die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien:

„Die gelegentlich der Londoner Konferenz in Aussicht genommenen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien dürfen nicht unter dem Druck der fortdauernden militärischen Besetzung der über den Artikel 428 des Vertrages von Versailles hinaus befehligten Gebiete stehen.“

Von den Sozialdemokraten ist namentliche Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt worden, wonach über das Reichsbahngesetz mit einfacher Mehrheit entschieden werden soll.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) vermißt bei dieser Debatte einen Redner der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen seien offenbar schon durch die Entschlüsse der Mittelpartei zum Umfallen gebracht worden.

Reichsverkehrsminister Oeser (von den Kommunisten mit Bärm empfangen) stellt dem Vorredner gegenüber fest, Staatssekretär Bergmann sei von der Regierung wegen seiner Sachkunde um seine Teilnahme an den Verhandlungen gebeten worden.

Um 9 Uhr wird die Beilegerberatung auf Mittwoch 11 Uhr nachmittags vertagt.

Im Reichstage ist folgender Antrag Dr. Bredt (Wirtsch. Sp.) eingegangen: Der Reichstag wolle beschließen, in dem Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Reichsbahngesellschaft (Reichsbahngesetz) im Eingang des Wortes: „nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind“ zu streichen.

Falls der Antrag angenommen werden sollte, würde also für das Reichsbahngesetz keine Zweidrittelmehrheit mehr nötig sein, sondern nur eine einfache Mehrheit. Diese einfache Mehrheit ist vorhanden, so daß die Annahme der Vorlagen dann gesichert wäre.

Wetter für Berlin und Umgebung. Samstag windig und ziemlich kühl, mehr bewölkt mit etwas Regen. Sonntag vorübergehend aufklärend. - In Deutschland. Stark windig. Viel Regenfälle.

# Verbandstag der Schuhmacher.

Leipzig, 26. August.

Am Montag vormittag wurde im großen Saale des Leipziger Volkshauses der 20. Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher eröffnet, der gleichzeitig eine Jubiläumstagung ist, da der Verband auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann. Anwesend sind auch die beiden Verbandsveteranen Bod-Gotha und Reuß-Nürnberg. Zum ersten Vorsitzenden des Verbandstages wurde Simon, zum zweiten Klein-Dresden gewählt. Die Grüße des DDBZ. überbrachte Brunner. Ein Antrag der Ortsverwaltung Waisenfelds, Vertreter des „Allrussischen Lederverbandes“ zuzulassen, wurde zurückgewiesen. Scharfer Protest erhob der Verbandstag gegen zwei Unternehmer, die zwei Delegierten den Urlaub zum Verbandstag verweigert haben. Anwesend sind auf dem Verbandstag nach dem Bericht der Randatsprüfungskommission, den Blüsch-Schweinfurt erstattet, 77 Delegierte, 5 besoldete und ein unbesoldetes Vorstandsmitglied, der Redakteur der Verbandszeitung, der Betriebsratssekretär und der Vorsitzende des Ausschusses.

In der Nachmittags-sitzung erstattete der Verbandsvorsitzende Simon den Geschäftsbericht und kommt dabei auch auf das Sachverständigengutachten zu sprechen. Die gründliche Prüfung durch die Gewerkschaften habe ergeben, daß

das Entschließen im Interesse der Arbeiterschaft angenommen werden muß. Im Jahre 1922 wurden vom Verband 210 Bewegungen durchgeführt, an denen 1309 199 organisierte Schuhmacher beteiligt waren, abgesehen von 36 Aussperrungen und Streiks mit 6880 Beteiligten. Im Jahre 1923 wurden 532 Bewegungen mit 102 000 Beteiligten und 8 Aussperrungen und Streiks mit 791 Beteiligten geführt. Im vergangenen Jahr wurden nur wenige Streiks geführt. Auch in der Schuhindustrie hielten die Unternehmer gegenüber der durch die Inflation geschwächten Arbeiterschaft zum Stöße gegen den Achtstundentag aus. In der letzten Zeit mehrten sich auch im Schuhmacherverband die Fälle, wo die Kommunisten gegen die Beschlüsse der Organisation verstoßen, so daß der Vorstand gezwungen war, wegen disziplinwidrigen Verhaltens verschiedene Mitglieder aus der Organisation auszuschließen.

Aus dem Kassensbericht ergibt sich, daß das Verbandsvermögen zurzeit 389 437,64 M. beträgt. In den Vorkassens befinden sich rund 62 000 M., so daß ein Gesamtvermögen von rund 450 000 M. vorhanden ist. Im dritten Quartal 1924 hatte der Verband 91 477 Mitglieder. Seinen höchsten Mitgliederstand erreichte er Ende des dritten Quartals 1923 mit 116 946 Mitgliedern. Die Verbandszeitung hat jetzt eine Auflage von rund 90 000. Ueber die Tätigkeit des Verbandsausschusses berichtete Steiner-Stuttgart, der vor allem

das unehrliche Treiben kommunistischer Kollegen geißelte, die z. B. in Pirmasens gegen organisierte Betriebsmitglieder in Streiktrüppchen vorgehen und sie selbst mit Lotschlag bedrohen. Verschiedene Kommunisten wurden deshalb aus dem Verband ausgeschlossen.

In der Aussprache über die erstatteten Berichte vertrat zunächst Röhner-Stuttgart den Standpunkt der kommunistischen Minderheit. Die weitere Aussprache wurde auf Dienstag vertagt.

# Wirtschaft

## Die Spartätigkeit und die Währungsstabilisierung.

Die Spartassen, die Banken des kleinen Mannes, die während der entsetzlichen Inflationszeit den Verlust fast sämtlicher Spareinlagen ihrer Einzahler zu beklagen hatten, begannen, trotz aller wirtschaftlichen Nöte der Zeit, wieder langsam aufzublühen. Man kann feststellen, daß der Spartrieb der Bevölkerung, der in den Zeiten der Geldentwertung stark erschüttert war, mit neuer Kraft aufliebt. Die Bevölkerung hat wieder Sinn und Zweck des Sparens erkannt und sieht wieder ein festes Ziel vor Augen, das durch das Vertrauen auf die Währungsstabilisierung und durch die Sicherheit der Spartasseneinlagen erreichbar wird, nämlich für die zukünftige Not zurückzulegen. Diese Momente kommen auch schon rein zahlenmäßig in den Untersuchungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über den Sparverkehr in Berlin im ersten Halbjahr zum Ausdruck.

Ende November 1923, am Anfang der Stabilisierung, lagen in der Sparkasse der Stadt Berlin nur 18 000 Goldmark. Doch schon im Dezember, nach Ablauf des ersten Rentenmarkmonats, verzehnfachten sich die Spareinlagen des Vormonats und vermehrten sich anhaltend, abgesehen von den geringen Abschwächungen in den ersten drei Monaten des neuen Jahres 1924, sehr stark, um Anfang Juni die Höhe von 5,75 Millionen Mark Spareinlagen zu erreichen. Der tatsächliche Sparkassenbestand (abzüglich der in der Zwischenzeit geleisteten Rückzahlungen an die Sparer) war im Mai mit 1 233 000 Mark am höchsten und im April mit 629 000 Mark am niedrigsten und zeigt im letzten Monat des Halbjahres 1924 die Höhe von 1 043 000 Mark. Ein Vergleich der heutigen Spareinlagen mit denen der Vorkriegszeit im Jahre 1913 ergibt, nach Feststellungen des Statistischen Amtes, daß fast 50 Proz. des Friedensstandes wieder erreicht wurden.

Das Ergebnis erscheint günstiger, als es in Wirklichkeit ist. Denn zieht man in Betracht, daß ein Teil der Spargelder kurzfristig angelegte Betriebsmittel von Geschäftsleuten und Handwerkern darstellen und erwägt man ferner, daß in den Nachkriegsjahren der Kleinhandel und Zwischenhandel stark angeschwollen ist und aus dieser relativ unbegüterten Kreise sicherlich, im Gesamtbild gesehen, die hohen Spareinlagen herrühren, so wird man zu dem Schluß kommen, daß wohl zahlenmäßig 50 Proz. des Friedensstandes der Spareinzahlungen erreicht wurden, daß aber diese Summe auf einen kleinen Bevölkerungskreis fällt und im ganzen genommen 50 Proz. nicht erreicht worden sind. Früher bildeten die Einzahlungen der Arbeiter und Angestellten und kleinen Beamten die zahlreichsten Sparguthaben der städtischen Sparkasse. Heute sind die Spareinlagen der werktätigen Bevölkerung so gut wie verschwunden. Einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung mögen folgende Zahlen dienen: Die Berliner Sparkasse hatte vor der Markstabilisierung etwa 1 820 000 Sparer, deren Spareinlagen fast sämtlich durch die Geldentwertung vernichtet wurden und von denen nur ein ganz geringer Teil Anspruch auf Auswertung hat. Dieser Legion von Sparern der vergangenen Inflationsjahre stehen die neuen Sparer der Rentenmarkperiode gegenüber, und zwar erstens Goldmarkgläubiger in einer Zahl von 3849 und die Rentenmarkgläubiger in einer Zahl von 20 609, d. h. 1 820 000 Sparern vor der Stabilisierung stehen nur etwa 21 000 neue Sparer nach Einführung der Rentenmark gegenüber.

So sehen wir, daß nach dem völligen Zusammenbruch der Spartassenguthaben ein langsames Aufblühen der Spartätigkeit zu verzeichnen ist. Es wäre verkehrt, diese Tatsache als Zeichen des wachsenden Wohlstandes zu werten, da diese Spareinlagen nur von einem bestimmten Bevölkerungskreis der Sparkasse zustießen, nämlich von den kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Kleinhändlern, während die Arbeiter und Angestellten gar nichts von der Wohlstandssteigerung verspüren und an den Spartasseneinlagen nicht oder nur wenig beteiligt sind.

Im übrigen drängt die Entwicklung der letzten Zeit dazu, daß Arbeiter und Angestellte zur Aufbewahrung ihrer Ersparnisse ihre eigenen Kassen bevorzugen. Bekanntlich haben die Konsumgenossenschaften das Spartassensystem stark entwickelt. Auch die neu gegründete Gewerkschaftsbank, die „Bank der Arbeiter, Angestellten und

Beamten“, beabsichtigt die Einrichtung einer Sparkasse. Bei der Belegung dieser Spareinrichtungen hat die Arbeiterschaft die Gewähr, daß die so hinterlegten Gelder im Sinne der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft verwandt werden.

Von anderer Seite wird uns dazu noch geschrieben:

Die Mitteilung, daß die Einlagenbestände der deutschen Sparkassen die erste Milliarde Goldmark erreicht haben, hat zu der Meinung veranlaßt, als ob die Ansammlung von Ueberschüssen der Volkswirtschaft überaus rasch vor sich geht. Insbesondere wird angenommen, — so lang es z. B. aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther — daß diese eine Milliarde in der Hauptsache aus den Rücklagen der auf Arbeitseinkommen angewiesenen Bevölkerung stammt.

Diese Auffassung ist durchaus unrichtig. Die Einlagenbestände der Sparkassen zerfallen nämlich, wie oben erwähnt, in zwei Gruppen. Und zwar erstens in Spareinlagen und zweitens in Guthaben auf Girokonten. Die letzteren sind aller Erfahrung nach nur zum allergeringsten Teil Spareinlagen, zum größten Teil sind sie laufende Guthaben von geschäftlichen Unternehmungen, die den Sparkassen den Vorzug vor den Banken geben. Die Guthaben auf Girokonten sind aber wesentlich größer als die Spareinlagen. Sie betragen Ende Juni rund 700 Millionen Mark gegenüber knapp 300 Millionen Mark, die auf die Spareinlagen entfielen.

Aus einer Statistik, die in der letzten Nummer der „Sparkasse“ veröffentlicht wird, geht hervor, daß die Spareinlagen, die im Januar 50 000 Goldmark betragen, in jedem Monat zwischen 40 000 und 50 000 Mark zugenommen haben. Das ist eine ganz regelmäßige Entwicklung und zeigt die wirkliche Zunahme der Spareinlagen aus den Erübrigungen der Masse der Bevölkerung. Dieser Betrag aber ist außerordentlich geringfügig und läßt erkennen, daß die gegenwärtigen niedrigen Realeinkommen keine Möglichkeit zur Ansammlung des Spartkapitals bieten, das die deutsche Volkswirtschaft so dringend braucht. Mit der Mahnung zu sparen, auf die der Finanzminister Luther in seiner Reichstagsrede so großen Wert legte, ist es deshalb durchaus nicht getan. Man muß den Lohn- und Gehaltsempfängern auch die Möglichkeit geben zu sparen. Das aber setzt voraus Erhöhung der Einkommen, gegen die sich die Unternehmer aus egoistischen Interessen so stark wehren.

## Eine neuartige Volksversorgung!

In diesen Tagen ist einer Reihe von Zeitungen, darunter auch Arbeiterblättern, eine Anzeige und eine redaktionelle Notiz zugeteilt worden, in denen ein angeblicher Reichsverband deutscher Konsumenten großsprecherisch „Die neue Volksversorgung mit billigen Lebensmitteln“ ankündigt, die er nach einem „neuartigen Verfahren“ betreiben will.

Viele Anfragen an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, müssen dahingehend beantwortet werden, daß ein Reichsverband deutscher Konsumenten und auch die Auftraggeber jener Anzeigen bisher völlig unbekannt sind. Die Leute, die noch eingezogenen Erkundigungen in Berlin in den Räumen eines kapitalistischen Im- und Exportgeschäfts auf die Einfindung von „Mitgliederbeiträgen“ derjenigen Zeitungsseher warten, die gutmütig ohne weiteres 2 Mt. dorthin senden, haben mit irgendeiner Konsumgenossenschaftlichen Organisation nichts gemein, die von ihnen gewählte Firma kann höchstens geeignet sein, Unwissende zu täuschen.

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner freier Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,75—20,25	Röstgetreide, lose ..	16,50—18,00
Gerstengrütze, lose ..	15,50—18,50	Kakao, fettarm ..	65,00—75,00
Haferslocken, lose ..	16,50—18,50	Kakao, leicht entölt ..	80,00—100,00
Hafersgrütze, lose ..	18,50—19,50	Tea, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Roggenmehl 0/1 ..	13,00—14,00	Tea, indischer, gepackt ..	400,00—470,00
Weizengries ..	18,50—20,00	Inlandszucker basis mel ..	37,50—38,50
Hartgries ..	22,75—24,75	Inlandszucker Raffinade ..	39,00—41,50
70% Weizenmehl ..	16,50—17,75	Zucker Würfel ..	44,00—47,50
Weizen-Auszugmehl ..	18,75—24,00	Kunsthonig ..	30,00—36,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	16,50—19,50	Zuckersirup hell in Elm ..	40,00—45,00
Speiseerbsen, kleine ..	9,75—13,50	Zuckersirup dunkl. in Elm ..	27,00—31,00
Bohnen, weiße, Perl ..	20,00—24,00	Marmelade Einfr. Erdb. ..	90,00—95,00
Langbohnen, handverles. ..	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht ..	35,00—40,00
Linsen, kleine ..	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eimern ..	30,00—36,00
Linsen, mittel ..	31,00—37,50	Steinsalz, lose ..	3,10—3,70
Linsen, große ..	30,00—46,00	Steinsalz, lose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—20,50	Schmalz in Tierces ..	82,00—82,50
Makkaroni ..	36,50—42,50	Butterschmalz in Kübeln ..	83,00—84,00
Makkaronimehl ..	33,50—36,00	Purelard in Tierces ..	81,00—80,50
Schnittmehl, lose ..	17,75—20,00	Purelard in Kisten ..	80,00—81,00
Bruchreis ..	15,50—16,50	Speisestärke in Packung ..	62,—
Rangoon Reis ..	18,00—18,50	Speisestärke in Kübeln ..	66,00—
Tafelreis, glasiert, Patna ..	23,25—31,00	Margarine, Handelsm. I ..	60,00—63,00
Tafelreis, Java ..	20,00—26,00	desgl. II ..	58,00—
Ringäpfel, amerik. ..	85,00—90,00	Margarine, Spezialm. I ..	60,00—
Getr. Pflaumen 90/100 ..	40,00—43,00	desgl. II ..	60,00—71,00
Pflaumen, entsteint ..	60,00—65,00	Margarine III ..	60,00—
Cal. Pflaumen 40/50 ..	65,00—70,00	Molkereibutter I Pässern ..	200,00—206,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	90,00—90,00	Molkereibutter in Pack. ..	209,00—212,00
Saltaninen Caraburnu ..	70,00—75,00	Landbutter ..	—
Korinthen, choice ..	175,00—180,00	Auslandbutter in Pässern ..	205,00—210,00
Mandeln, süße Bari ..	135,00—160,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	34,75—37,00
Mandeln, bittere Bari ..	106,00—118,00	Auxil Speck, geräuchert ..	75,00—85,00
Zimt (Cassia) ..	55,00—65,00	Quadratkäse ..	30,00—45,00
Kümmel, holländischer ..	50,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	100,00—115,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	108,00—115,00	Bayr. Emmenthaier ..	165,00—175,00
Weißer Pfeffer ..	150,00—155,00	Echter Emmenthaier ..	180,00—185,00
Robkaffee Brasil ..	183,00—215,00	Ausl. ungezuck. Condens- ..	21,00—23,25
Robkaffee Zentralamerika ..	230,00—280,00	milch 48/16 ..	16,50—17,50
Robkaffee Brasil ..	230,00—280,00	Inländische desgl. 48/12 ..	26,00—26,50
Robkaffee Zentralam. ..	300,00—375,00	Inl. ger. Condensm. 48/14 ..	26,00—26,50

Das „neuartige Verfahren“ würde, falls nichts Schlimmeres passierte, darin bestehen, daß ein paar auf Ablass bedachte amerikanische Paderfirmen den Herren „Direktoren“ in Berlin ein Geschäft eröffnen, bei dem die etwaigen „Mitglieder“ und Warenbesitzer monatlich vielleicht eine Nachnahmeendung eingepackter Waren erhalten würden, die sie — nach erfolgter Bezahlung ansehen könnten; ob und inwieweit sie aber zu gebrauchen wären, ist alsdann noch eine Frage für sich.

Für alle konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher und auch für diejenigen, die es noch nicht sind, die aber dennoch nach der besten Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln streben, kann es keine Frage darüber geben, daß sie in den bestehenden Konsumvereinen die einwandfreieste Lebensmittelerzeugung finden, daß sie danach unbedingt handeln und im übrigen jede fragwürdige Privatunternehmung, die vor allem erst einmal Geld verlangt, ablehnen.

Der Endtermin für Goldbilanzen wird weiter hinausgeschoben. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die beschleunigte Aufstellung der Goldbilanzen entspricht einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis und muß daher mit allem Nachdruck gefördert werden. Mit Rücksicht darauf, daß die gesetzliche Regelung der Gebühren und Kosten für die Umstellung erst unmittelbar bevorsteht, ist indessen der Wunsch der Wirtschaft, die Frist zur Vorlegung der Goldmarkeröffnungsbilanz in mäßigen Grenzen zu verlängern, als berechtigt anerkannt worden. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, auf Grund des § 20 der Goldbilanzverordnung die Frist zur Vorlegung der Goldmarkeröffnungsbilanzen bis zum 30. November 1924 zu verlängern.

Strafe für Preisabbau. Nach einem Zeitungsbericht vom 13. d. M. hat die Bäderordnung in Altona den § 11 ihrer Statuten dahingehend geändert, daß es für die Folge verboten ist, öffentlich durch Aushang im Baden bekanntzumachen, wenn ein Bäder niedrigerer Preise fordern will, als die Innung beschlossen hat. In solchen Fällen kann der Innungsvorstand Strafen bis zu 1000 Goldmark verhängen. Wenn also der eine oder andere Meister versucht durch billigere Preise Kundchaft an sich heranzuziehen, so sind schnell die Innungen zusammengetrommelt; jede Bekanntgabe eines Preisabbaues ist kurzerhand unter eine Strafe bis zu 1000 Goldmark gestellt. Dieser Beschluß ist ein Skandal, dessen sich auch die Konsumentenkammer Hamburg angenommen hat und bezweigen ein Eingreifen des Wirtschaftsministeriums gegen diesen Preisterror der Innungen, der keineswegs mehr vereinzelt ist, gefordert hat. Derartige Beschlüsse verstoßen — so wird in der Begründung ausgeführt — zweifelsohne gegen die Kartellordnung, aber abgesehen hiervon gäbe auch die Gewerbeordnung den Behörden die Befugnis, Innungen, die sich Handlungen schuldig machen, durch die das Gemeinwohl gefährdet werde, zu schließen. Es sei in solchen und allen ähnlichen Fällen, in denen eine so rücksichtslose Mißachtung der Gesetze und der Rechte der Bevölkerung befundet werde, notwendig, daß die Behörden endlich einmal zupacken. Die Konsumentenkammer in Hamburg legt dazu ferner, daß auch die Verbraucher sich mehr daran gewöhnen sollten, nicht mehr trübsinnig den geforderten Preis zu zahlen. Der beste Schutz gegen solche Mißstände ist freilich der Anschluß an die örtlichen Konsumvereine und die Förderung der Eigenproduktion.

Teilweise Belegung des deutschen Exports. Während der größte Teil der deutschen Industrie darüber klagt, daß er außerstande sei, auf dem Weltmarkt mit anderen Staaten zu konkurrieren, liegen auch Berichte vor, die auf eine Belegung der deutschen Warenausfuhr schließen lassen. Die englischen Levanteexporteure z. B. merken in letzter Zeit fühlbar die deutsche Konkurrenz. Insbesondere in Maschinen hat die Tür bei großen Bestellungen nach Deutschland vergeben. Für England sei es bald vollkommen zweifellos, Offerten nach der Türkei zu vergeben, da die deutschen Preise oft 50 Prozent und niedriger seien; außerdem würden von deutscher Seite Kredite von drei und sechs Monaten, im Einzelfallen sogar von einem Jahre gemährt. — Auch mit Australien belebt sich nach einem Bericht des „Konfektionär“ das deutsche Geschäft zusehends. Die deutsche Einfuhr hat in den ersten sieben Monaten 1924 die Summe von 2 Millionen Pfund Sterling überschritten. Auffallend ist der deutsche Import in Klavieren: 500 deutsche Pianos wurden kürzlich in einer einzigen Woche eingeführt. Im übrigen ist Deutschland wiederum auch ein guter Abnehmer für australische Wolle geworden.

Eine schlechte Weltreisenernte. Für das nächste Jahr haben wir mit einer beträchtlichen Knappheit an Reis und demzufolge auch mit verteuerten Preisen für den Reis zu rechnen. Die vorhandenen Vorräte sind sehr geringfügig. Insbesondere wurde viel weniger Reis nach Europa verschifft als in den vergangenen Jahren. Japan und China hatten letztes Jahr eine sehr unglückliche Ernte und haben daher die asiatischen Vorräte aus Indo-China und Birma aufgebraucht. Die nächste Ernte Indiens soll nach Schätzungen der Regierung mehrere Millionen Tonnen unter der des Vorjahres bleiben. Die Ernte in Birma und in Japan wird ebenfalls um je eine halbe Million Tonnen niedriger sein als ein Jahr vorher. Siam soll zu Ausfuhrzwecken einen Ueberschuß von einer Million Tonnen haben, der aber von Japan, China und Kuba sicher aufgenommen werden wird. Insbesondere kann Japan die hohen Getreidepreise nicht ertragen und wird daher seinen Reisverbrauch noch vergrößern. Brasilien, das bisher Reis nach Europa ausfuhrte, muß dieses Jahr seinen Bedarf nach durch Einfuhr ergänzen. Auch in Nordamerika ist ein Mangel an Reis vorhanden. In Hamburg, dem Mittelpunkt des Reichshandels, werden bereits höhere Reispreise notiert, und wie der „Economiist“ berichtet, ist die Spekulation bereits auf den Plan getreten. Nach Ansicht dieser Zeitschrift ist die Verknappung und Preissteigerung des Reises von diesem Herbst an unvermeidlich.

# Befahr im Verzug!

Deutschnationale Erpressertaktik und kommunistische Verantwortungslosigkeit haben erneut eine schwere politische Krise heraufbeschworen. Neue harte Kämpfe stehen unmittelbar bevor. Will das Proletariat siegreich bleiben, muß es seine Presse und seine Partei stärken. Werbt neue Leser für den „Vorwärts“ und neue Kampfgenossen für die Sozialdemokratische Partei!

## Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abteilung \_\_\_\_\_)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 1 Wochenbeitrag \_\_\_\_\_

Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. \_\_\_\_\_ M. \_\_\_\_\_ den \_\_\_\_\_ 1924.

Vor- und Name: \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_ Stand: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

(Bei der Aufnahme ist sehr ersucht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden)

(Ausgefüllt zu senden an: Sozialdem. Bezirksverband, S.W. 68, Lindenstr. 3.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

(Monatlich 8.—Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn \_\_\_\_\_ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei \_\_\_\_\_

(Ausgefüllt zu senden an: Expedition „Vorwärts“, S.W. 68, Lindenstr. 3.)